

# Konzern Geschäftsbericht

## Stadtwerke Frankfurt am Main am Main Holding GmbH

2008

# **Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH - Konzern -**

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Lagebericht</b>	
Geschäftsfelder und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	3
Geschäftsverlauf 2008	14
Vermögens- und Finanzlage	20
Risikomanagement	21
Forschung und Entwicklung	29
Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken	29
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres	34
<b>Jahresabschluss 2008</b>	
Bilanz	36
Gewinn- und Verlustrechnung	38
Anhang	40
Allgemeine Angaben	40
Erläuterungen zur Bilanz	45
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	49
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	52
Haftungsverhältnisse	53
Sonstige Angaben	53
Organe der Gesellschaft	55
Beteiligungsübersicht	57
Anlagespiegel	58
<b>Kapitalflussrechnung</b>	<b>61</b>
<b>Eigenkapital-Entwicklung</b>	<b>63</b>
<b>Bestätigungsvermerk</b>	<b>65</b>

# Lagebericht

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2008

### **I. Geschäftsfelder und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Tätigkeitsfelder der vollkonsolidierten Gesellschaften beziehen sich auf die leitungsgebundene Energie- und Wasserversorgung sowie artverwandte Dienstleistungen, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), den Bau, die Unterhaltung und den Betrieb von Hallen- und Freibädern, die thermische Abfallentsorgung sowie den Gasgeräte- und Heizungsbau und verwandte Dienstleistungen. Die Kern-Geschäftsfelder stellen die Energie- und Wasserversorgung sowie das Betreiben des ÖPNV dar.

Der Konzern versorgt rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg mit Energie und Wasser. Geschäftskunden werden bundesweit mit Strom und Gas versorgt. Zudem belieferte der Konzern im Geschäftsjahr 2008 14 örtliche und regionale Gasversorger. Ferner stellt der Konzern als Betreiber von Versorgungsnetzen den Netzzugang und Netzanschluss Dritten zur Verfügung und gewährleistet den sicheren Transport von Energie und Wasser. Zusätzlich haben wir bei unserer Tätigkeit als Verkehrsdienstleister beim Betrieb des ÖPNV sowie von Gelegenheits- und Sonderverkehren rund 189,89 Mio Fahrgäste im Jahr 2008 befördert. Darüber hinaus betreiben wir im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main insgesamt elf Schwimmstätten. Sie verteilen sich auf drei Erlebnisbäder, zwei Hallenbäder und sechs Freibäder. Insgesamt haben wir rund 2,2 Mio Eintritte in unseren Bädern verzeichnet.

#### **Zur konjunkturellen Entwicklung, die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs sowie Fahrgastzunahme in Deutschland**

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lediglich um 1,3 % höher als im Jahr zuvor. 2007 war das BIP noch um 2,5 % und 2006 um 3,0 % gestiegen. Der dennoch zu verzeichnende Anstieg der Wirtschaftsleistung in den vergangenen zwölf Monaten ist vor allem auf das gute erste Quartal zurückzuführen, als das BIP real um 1,5 % anstieg. Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise befindet sich Deutschland nun seit dem Herbst 2008 in einer Rezession. Zwischen Oktober und November schrumpfte das BIP nach Angaben des Statistischen Bundesamts schätzungsweise gegenüber dem Sommer um 1,5 bis 2,0 %.

Die Exporte stiegen lediglich um 3,9 % an, nachdem das Exportwachstum 2007 noch bei 7,5 % gelegen hatte. Auch der private Konsum konnte die deutsche Wirtschaft nicht stabilisieren. Dies lag u. a. an dem gegenüber 2007 um 2,6 % gestiegenen Verbraucherpreisen. Hierbei handelt es sich um die höchste Inflationsrate seit 14 Jahren. Dieser deutliche Anstieg ist wesentlich durch Preiserhöhungen sowohl bei Energie als auch bei Nahrungsmitteln geprägt. Energieprodukte verteuerten sich 2008 gegenüber dem Vorjahr um 9,6 % und Nahrungsmittel um 6,4 %.

Trotz hoher Preise stieg nach Berechnungen des Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. (AGEB) im Jahr 2008 der Primärenergieverbrauch in Deutschland um 2,1 % auf rund 480 Mio Tonnen Steinkohleeinheiten. Davon entfielen auf Mineralöl 34,6 % (i. Vj. 33,7 %), auf Erdgas 22,8 % (i. Vj. 22,7 %), auf Kohle 24,3 % (i. Vj. 26,0 %), auf Kernenergie 11,5 % (i. Vj. 11,1 %) sowie auf sonstige Energien 6,8 % (i. Vj. 6,5 %). Der Anstieg des Energiebedarfs resultierte vornehmlich aus der deutlich kühleren Witterung.

Im Jahr 2008 wurden in Deutschland gegenüber dem Vorjahr fast unverändert rund 8,8 Mio Personen im Öffentlichen Straßenverkehr befördert.

### **Entwicklung der Energiepreise und des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels**

Die Notierungen für Strom, Kohle, Öl und Gas kletterten in der ersten Jahreshälfte 2008 unaufhaltsam nach oben und erreichten im Sommer historische Höchststände. Ausgelöst durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise folgte dann in der zweiten Jahreshälfte ein deutlicher Rückgang der Preise.

Die steigenden Preise in den ersten Monaten des Jahres 2008 wurden primär von einer robusten Nachfrage nach Kohle und Ölprodukten aus dem asiatischen Raum hervorgerufen. Hinzu kamen bei Kohle Angebotsverknappungen auf Grund von Störungen in der Lieferkette und stark steigenden Seefrachtraten. Bei Öl spielten zusätzlich Ängste über mögliche Versorgungsengpässe, hervorgerufen durch die knappen Raffineriekapazitäten und mögliche exogene Schocks, eine Rolle. Verstärkt wurde der Aufwärtstrend zudem von Kapitalanlagen im Rohstoffbereich, die unter dem Gesichtspunkt der Portfoliooptimierung bzw. Spekulation getätigt wurden. Im Sommer 2008 erreichten die Terminnotierungen betreffend Lieferung im Kalenderjahr 2009 für Rohöl der Sorte Brent etwa 150 US-Dollar pro Barrel, für Kohlelieferung im ARA-Raum 220 US-Dollar pro Tonne und bei Strom sowie CO<sub>2</sub> lagen die Höchststände bei rund EUR 90 pro Megawattstunde bzw. EUR 30 pro Tonne.

In der zweiten Jahreshälfte 2008 wurde das Marktgeschehen zunehmend von der Finanz- und Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Ängsten über einen zukünftig deutlichen Nachfragerückgang bei Strom, CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten und den Brennstoffen geprägt. Die Preisentwicklung des ersten Halbjahres kehrte sich um, gewann zunehmend an Dynamik und mündete in einem steilen Abwärtstrend. In dieser Phase konnten auch die von den OPEC-Ländern beschlossenen Förderkürzungen bei Rohöl die Märkte nicht beruhigen. Neben den fundamentalen

Faktoren lösten auch Risiko- und Liquiditätsaspekte Verkäufe aus. Anleger haben zudem ihr Kapital aus den Märkten abgezogen bzw. auf fallende Preise gesetzt. Am Ende des Jahres notierte Rohöl Brent bei etwa 40 US-Dollar pro Barrel, Kohle wurde bei 85 US-Dollar pro Tonne gehandelt und für Strom sowie Emissionsrechte wurden ca. EUR 56 pro Megawattstunde bzw. EUR 16 pro Tonne gezahlt. Damit lag der Preisrückgang bezogen auf die Höchststände im Sommer zwischen 40 und 70 %. Berücksichtigt man bei Kohle und Öl, welche international auf US-Dollarbasis gehandelt werden, den Euro-Dollar-Wechselkurseffekt, so fiel der Preisanstieg in Euro gerechnet in der ersten Jahreshälfte auf Grund der Aufwertung der europäischen Währung etwas geringer und der Preisrückgang in der zweiten Jahreshälfte wegen der Euro-Abwertung weniger stark aus.

Die Gaspreisentwicklung wird auf Grund der noch weit verbreiteten Ölpreisbindung, tendenziell aber zeitverzögert dem Verlauf der Ölpreise folgen. Der Preisrückgang bei Öl in den letzten Monaten wird sich daher bei Gas verstärkt erst im Kalenderjahr 2009 beim Endverbraucher bemerkbar machen.

### **Europäische Energiepolitik zum Klimaschutz**

Am 17. Dezember 2008 hat das Europäische Parlament in der ersten Lesung die Richtlinienvorhaben des „Grünen Pakets“ beschlossen. Das Grüne Paket beinhaltet insbesondere die Richtlinien zum Emissionshandel, zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>. Durch diese Maßnahmen will die EU ihre im März 2007 festgelegten klimapolitischen Ziele erreichen, die bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 bis 30 %, eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Energieverbrauch um 20 % und eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 % vorsehen. Sollte 2009 in Kopenhagen ein neues Weltklimaabkommen abgeschlossen werden und sich die internationale Staatengemeinschaft darin zu vergleichbaren Reduktionszielen verpflichten, will die EU ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 30 % reduzieren.

- ***Emissionszertifikatehandelsrichtlinie***

Die Emissionshandelsrichtlinie regelt die Bedingung für die Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten in der 3. Handelsperiode (2013 – 2020). Im Mittelpunkt steht die Einführung einer EU-weiten Obergrenze für die Vergabe von Zertifikaten, eine kontinuierliche Senkung der Zuteilungsmengen um jährlich 1,74 % und die Einführung der kostenpflichtigen Zuteilung. Im Sektor Strom werden ab dem Jahr 2013 grundsätzlich keine kostenfreien Zertifikate mehr verteilt.

Die Option eines stufenweisen Einstiegs in die Vollversteigerung wurde jedoch mittel- und osteuropäischen Staaten eingeräumt. Erst ab 2020 müssen auch diese Länder 100 % der Zertifikate zukaufen. Zudem erhalten Unternehmen mit besonders energieintensiver Produktion bis 2020 100 % der Zertifikate kostenfrei, da hier das Risiko besteht, dass die Produktion in Länder ohne ein Emissionsregime verlagert wird. Kostenfreie Zertifikate erhalten weiterhin

auch hocheffiziente Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung – allerdings nur zu 70 %, bis 2020 stufenweise sinkend auf 20 %.

Über die Verwendung der Auktionserlöse entscheiden die Mitgliedstaaten mit der Maßgabe, dass mindestens 50 % der Erlöse für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden müssen. Darüber hinaus dürfen die Mitgliedstaaten mit den Versteigerungserlösen den Bau hocheffizienter, CCS-fähiger Kraftwerke (Abscheidung, Transport und dauerhafte Speicherung von CO<sub>2</sub>) mit Zuschüssen von bis zu 15 % der gesamten Investitionskosten unterstützen.

Mainova investiert kontinuierlich in die Modernisierung, die Erneuerung und den Ausbau des Kraftwerksparks und trägt damit zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bei. Die CO<sub>2</sub>-Zertifikatekosten haben auf Grund des ab 2013 erforderlichen Zukaufs von Zertifikaten einen wesentlichen Einfluss auf die Erzeugungskosten und damit auf die Wirtschaftlichkeit von Erzeugungsanlagen. Dies ist in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für neue Kraftwerksprojekte einzubeziehen.

- ***Richtlinie zur Abtrennung und geologischen Speicherung von Kohlendioxid (CCS)***

Ziel dieser Richtlinie ist die Schaffung eines Rechtsrahmens für die Einführung und Entwicklung der CCS-Technologie (carbon capture and storage), die ab 2020 großtechnisch zur Verfügung stehen soll. Durch die Abscheidung und Einlagerung von CO<sub>2</sub> aus Kraftwerksprozessen soll bei fossil befeuerten Kraftwerken ein signifikanter Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung erreicht werden. Als Anreiz soll dienen, dass für jede Tonne abgeschiedenes und gespeichertes CO<sub>2</sub> kein Emissionszertifikat zuzukaufen ist. Zur großtechnischen Entwicklung und Dokumentation von CCS sollen in den nächsten Jahren bis zu zwölf Demonstrationskraftwerke entstehen, für welche rund 300 Mio Zertifikate als Förderung zur Verfügung gestellt werden. Eine Überprüfung der Richtlinie, auch im Hinblick auf die Anforderungen an den Neubau von Kraftwerken, ist für den 30. Juni 2015 vorgesehen.

Mainova sieht die CCS-Technologie als Chance, einen Beitrag zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktionsziele zu leisten. Angesichts begrenzt vorhandener Speicherstätten wird die CCS-Technologie aus Sicht von Mainova jedoch nicht langfristig zur CO<sub>2</sub>-Reduktion beitragen können. Aussagen zur Wirtschaftlichkeit von CCS-Projekten sind derzeit noch nicht möglich, da die Technologie noch nicht erprobt ist und wesentliche Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene noch durch Rechtsverordnungen zu konkretisieren sind.

- ***Richtlinie zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Energien***

Diese Richtlinie definiert das Ziel, im Jahr 2020 ein Fünftel des EU-Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken. Jeder Mitgliedstaat muss entsprechend seinen Voraussetzungen zur Erreichung dieses Durchschnittswerts beitragen. So wird Deutschland verpflichtet, den Anteil an erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 18 % zu steigern. Davon entfallen mindestens 30 % auf den Strombereich, 14 % auf Wärme und 12 % auf Biokraft-

stoffe. Für den Erlass der erforderlichen Maßnahmen sind die EU-Staaten eigenverantwortlich, so dass auch auf die verbindliche Festlegung von Fördersystemen (z. B. Quotenmodelle, Einspeisetarife, Prämienzahlungen) verzichtet wurde. Die Richtlinie formuliert jedoch eine Reihe von Mindeststandards in Bezug auf Netzanschluss, Netzausbau, Genehmigungsverfahren und Bauvorhaben und enthält zudem Regelungen zum Herkunftsnachweis.

Mainova plant, den Anteil erneuerbarer Energien im Kraftwerksmix zu erhöhen und prüft derzeit verschiedene Projekte auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

Nach dem formalen Beschluss des Ministerrats müssen die Richtlinien durch die Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Die Emissionshandelsrichtlinie sieht hierfür eine Frist bis zum 31. Dezember 2012 vor. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie muss von den Mitgliedstaaten innerhalb 18 Monate nach Veröffentlichung der Richtlinie im Amtsblatt der EU umgesetzt werden. Die Umsetzungsfrist für die CCS-Richtlinie beträgt zwei Jahre. Ein erster Entwurf dieses Gesetzes zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung.

Im Jahr 2009 wird auf europäischer Ebene der Schwerpunkt der Arbeit in der Steigerung der Energieeffizienz und hier insbesondere im Gebäudebereich liegen.

### **Europäische Energiepolitik zum Energiebinnenmarkt**

Bezüglich des Dritten Energiebinnenmarktpakets wurden insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2008 die Verhandlungen vertieft. Im Rahmen der Verhandlungen haben sich die EU-Energieminister im Oktober 2008 auf neue Entflechtungsregeln für Übertragungsnetzbetreiber geeinigt. Demnach sollen zukünftig drei Möglichkeiten zugelassen werden: Neben der eigentumsrechtlichen Entflechtung („Ownership Unbundling“) sollen auch die Übertragung des Netzbetriebs an eine unabhängige Betreibergesellschaft („Independent System Operator – ISO“) bzw. die Verschärfung der rechtlichen und funktionalen Entflechtung („Independent Transmission Operator – ITO“) möglich sein. In jedem Fall sollen die Entflechtungsregeln des dritten Binnenmarktpakets nur für Übertragungsnetzbetreiber und nicht für Verteilnetzbetreiber gelten. Grund hierfür ist, dass die Verpflichtung zur rechtlichen Entflechtung auf der Verteilnetzebene erst seit 1. Juli 2007 besteht und eine abschließende Bewertung des „Entflechtungserfolgs“ damit noch nicht möglich ist. Allerdings sehen die jetzt zwischen EU-Kommission, Europäischem Parlament und EU-Rat diskutierten Kompromissvorschläge zwei wichtige Neuerungen auch für Verteilnetzbetreiber vor, nämlich die Ausstattung mit den notwendigen personellen, technischen, physischen und finanziellen Ressourcen für den Netzbetrieb sowie eine eigene Kommunikation und ein eigenes Branding, durch das der Netzbetreiber deutlich von den Wettbewerbspartnern des integrierten Unternehmens abgehoben wird.

Das Dritte Energiebinnenmarktpaket beinhaltet zudem Vorschläge hinsichtlich einer Revision der bestehenden Strom- und Gasbinnenmarkt-Richtlinien, einer Verordnung zur Schaffung einer Europäischen Regulierungsagentur (ACER) für die Kooperation der nationalen Energieregulie-

rungsbehörden sowie Verordnungen zur Regelung des grenzüberschreitende Stromhandels und des Netzzugangs Gas.

Eine abschließende Einigung gibt es noch nicht. Eine Verhandlungsdelegation von EU-Parlament und Ministerrat einigten sich jedoch im März 2009 auf einen Entwurf, wonach Versorger ihre Netze behalten dürfen.

Als Verteilnetzbetreiber begrüßt Mainova die bereits erzielte Einigung zwischen Rat und Parlament dahingehend, dass --anders als noch im Entwurf vom September 2007 vorgesehen-- die EU-Kommission nicht ermächtigt wird, weitere Entflechtungsanforderungen an Verteilnetzbetreiber zu stellen.

### **Integriertes Klima- und Energieprogramm der Bundesregierung (IEKP)**

Das Integrierte Energie- und Klimaprogramm (IEKP) wurde in seinen Eckpunkten im August 2007 von der Bundesregierung auf der Kabinettsklausur in Meseberg erarbeitet und am 5. Dezember 2007 von der Bundesregierung beschlossen. Das Programm umfasst rund 29 Einzelmaßnahmen und soll Anreize bieten, die europäischen und deutschen Klimaschutzziele zu erreichen, aber auch steigende Energiepreise zu kompensieren. Das Ziel besteht bis 2020 in der Minderung der Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber dem Basisjahr 1990 und im Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung auf 30 %. Dies soll durch den Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien am Energieverbrauch sowie die Steigerung der Energieeffizienz erreicht werden. Das IEKP wurde in zwei Paketen verabschiedet: Die meisten Vorhaben des 1. Pakets befinden sich im parlamentarischen Verfahren bzw. sind bereits verabschiedet. Hierzu zählen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG), das Kraft-Wärm-Kopplungs-Gesetz (KWKG) sowie die Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für den Wettbewerb.

Für die noch verbleibenden Vorhaben des 2. Pakets wurden die Gesetzes- und Verordnungstexte am 18. Juni 2008 vom Bundeskabinett verabschiedet. Dies sind insbesondere das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze, die Messzugangsverordnung, die Energieeinsparverordnung mit Energieeinsparungsgesetz sowie die Heizkostenverordnung. Der Schwerpunkt dieser Gesetze und Verordnungen ist die Steigerung der Energieeffizienz.

- **Messzugangsverordnung (MessZV)** Das Messwesen soll mit Blick auf die Verbreitung intelligenter Zähler (Smart Meter) vollständig liberalisiert werden. Ziel ist es, bessere Informationen, Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten für den Verbraucher von Strom und Gas zu haben, um Energieeinsparungen und Energieeffizienz zu unterstützen. Der Kunde kann künftig seinen Messstellenbetreiber und seinen Zähler selbst auswählen. Um die Modernisierung des Zählerwesens schneller voranzutreiben, müssen ab 2010 dem Kunden im Regelfall elektronische Zähler angeboten werden. Der Kunde behält aber die Freiheit zu entscheiden, ob er einen solchen Zähler nutzen möchte. Nur bei Neubauten und wesentlichen

Derzeit läuft bei MSD bereits ein Pilotprojekt zur Einführung von Smart Metern.

- **Energieeinsparverordnung (EnEV), Energieeinspargesetz sowie Heizkostenverordnung**  
Dem Gebäudesektor kommt bei dem Bestreben Energie einzusparen eine ganz erhebliche Bedeutung zu, denn Gebäude besitzen mit mehr als 40 % einen erheblichen Anteil am gesamten Energieverbrauch. Ziel der Bundesregierung ist es daher, bei der Neuerrichtung des Gebäudes mit möglichst sparsamer Energiebilanz zu erstellen und im Gebäudebestand die Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu mobilisieren. Im Mittelpunkt der Neuregelungen der EnEV stehen daher die Anhebung der energetischen Anforderungen an Neubauten sowie bei wesentlichen Sanierungen im Gebäudebestand um durchschnittlich 30 %, die Ausweitung einzelner Nachrüstpflichten, die langfristige, stufenweise Außerbetriebnahme von Nachtstromspeicherheizungen in bestimmten Gebäuden sowie die Überwachung der Einhaltung der neuen Vorschriften. Kern der Änderung der Heizkostenverordnung ist die Erhöhung des verbrauchsabhängigen Anteils bei der Abrechnung der Heizkosten in Mehrfamilienhäusern, um die Anreize zu sparsamerem Verhalten zu erhöhen. Besonders sparsame Gebäude z. B. Passivhäuser werden von der Verbrauchserfassungspflicht ausgenommen.

Diese rechtlichen Neuerungen stellen die Energieeffizienz sowie die Energieeinsparung in den Mittelpunkt. Mainova geht daher davon aus, dass der spezifische Absatz pro Kunde von Wärme sowie von Erdgas im Bereich Raumwärme und Warmwasser sinken wird. Um die Folgen für Mainova konkreter abschätzen zu können und kompensierende Gegenmaßnahmen frühzeitig einzuleiten, wurde ein unternehmensübergreifendes Projekt gestartet.

- **Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)** Ziel des Gesetzes ist der zügige Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung. Zum erforderlichen Ausbau des Höchstspannungsübertragungsnetzes sollen die Genehmigungsverfahren verkürzt werden. Mit dem Gesetz werden zudem bisherige Landesregelungen bundesweit vereinheitlicht. Auch soll der Einsatz von Erdkabeln im eng vermaschten deutschen Höchstspannungsübertragungsnetz im Rahmen von vier Pilotprojekten erprobt werden.

Insgesamt geht Mainova davon aus, dass das IEKP mit seinen Maßnahmen die Energiemärkte fundamental verändern wird. Dies belegt auch die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erstellte „Leitstudie 2008“. Bei insgesamt sinkendem Energieverbrauch werden innovative Technologien und erneuerbare Energien zunehmend mit den herkömmlichen Technologien konkurrieren.

## **Klimaschutzbemühungen auf Landes- und regionaler Ebene**

Auf Landesebene wurde das Hessische Klimaschutzprogramm 2012 entwickelt, das als eines der ersten Länderklimaschutzprogramme Strategien zur Vermeidung von Kohlendioxid und Verminderung der übrigen Treibhausgase gleichrangig mit Anpassungsmaßnahmen an den regional zu beobachtenden Klimawandel berücksichtigt. Das Integrierte Klimaschutzprogramm Hessen (INKLIM) bildet dabei die wissenschaftliche Basis für das Klimaschutzkonzept Hessen 2012. Mit einem Bündel von Einsparungs- und Effizienzmaßnahmen ist es geplant, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Hessen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Dazu gehören beispielsweise die Schaffung eines hessischen Wärmegesetzes und die Änderung der hessischen Bauordnung, die energieeffizientes Bauen und Renovieren fördern sollen.

Auch für die Stadt Frankfurt am Main liegt seit September 2008 ein eigenes Energie- und Klimaschutzkonzept im Entwurf vor. Dieses sieht als Ziel eine 20 %-ige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen innerhalb der nächsten zehn Jahre sowie eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 % bis zum Jahr 2030 vor. Zudem setzt sich Frankfurt das Ziel, „Stadt der Energieeffizienz“ zu werden. Derzeit bewertet Mainova die Auswirkungen des Klimaschutzkonzepts und prüft, welche Maßnahmen zur Erreichung der klimapolitischen Ziele über die bisherigen Aktivitäten hinaus umgesetzt werden können.

## **Energieeffizienzgesetz**

Die Bundesregierung legte Anfang 2009 einen ersten unabgestimmten Entwurf des Energieeffizienzgesetzes vor. Mit diesem will die Bundesregierung die 2006 verabschiedete europäische Richtlinie über Energieeffizienz und Energiedienstleistungen umsetzen. Darin werden die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Einsparziele festzulegen und eine Einsparung des Energieverbrauchs von jährlich 1 % anzustreben. Es ist den Mitgliedstaaten überlassen, die hierfür geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Laut Vorgabe der EU hätte das Gesetz bereits bis Mai 2008 in deutsches Recht umgesetzt werden müssen.

Der deutsche Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Bundesregierung einen nationalen Einsparwert festlegt. Dieser soll sich an dem energiepolitischen Ziel der Bundesregierung orientieren, bis zum Jahr 2020 die Energieproduktivität gegenüber dem Jahr 1990 zu verdoppeln. Dies ist anspruchsvoller als die unmittelbare Vorgabe der Richtlinie. Das Gesetz wird zudem Unternehmen zur Einführung von Energiemanagementsystemen verpflichten und über einen Energieeffizienzfonds Einsparprojekte fördern. Letztlich soll das Gesetz auch Verbrauchern helfen, Energie und Kosten zu sparen. Dies u. a. mit der Festlegung von Informationspflichten wie beispielsweise der informativen Abrechnung des Energieverbrauchs. Das deutsche Energieeffizienzgesetz sieht zudem vor, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als „Bundesstelle für Energieeffizienz“ zu berufen.

Der Entwurf des Energieeffizienzgesetzes liegt derzeit zur Anhörung den Ländern und Verbänden vor. Die Auswirkungen auf Mainova können auf Grund des laufenden Gesetzgebungsverfahrens noch nicht abschließend beurteilt werden. Absehbar ist jedoch, dass sich die mit der Gesetzesnovelle verfolgten Ziele tendenziell absatzmindernd auswirken.

### **Regulierung der Netzentgelte Strom und Gas**

Das Netzgeschäft des Konzerns umfasst die Netzgebiete Frankfurt, Hanau und Main-Spessart und wird zum 31. Dezember 2008 mit Ausnahme des Netzgebietes Main-Spessart, für welches die SRM Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH Netzbetreiber ist, von der NRM Netzdienste Rhein Main GmbH betrieben. Ab 1. Januar 2009 betreibt die NRM auch wieder das Netzgebiet Main-Spessart.

Auf Basis der Kosten des Geschäftsjahres 2006 hat NRM in 2007 neue Anträge für die zweite Genehmigung der Netzentgelte für Strom und Gas gestellt. Die Genehmigung der Netzentgelte Strom erfolgte für die Netzgebiete Frankfurt und Hanau am 10. April 2008. Gegenüber dem Antrag wurde eine deutliche Kürzung der Kapitalkosten vorgenommen. Grund hierfür sind die von der Bundesnetzagentur (BNetzA) mit Beschluss vom 17. Oktober 2007 neu festgelegten Indexreihen zur Berechnung der Tagesneuwerte des Anlagevermögens, gegen die die NRM bereits im November 2007 fristgerecht Beschwerde erhoben hatte. Das Verfahren ruht weiterhin, da bereits Verfahren in gleicher Sache anhängig sind. Des Weiteren erfolgte eine Kürzung der Betriebskosten. Insgesamt wurden die Kosten gegenüber der Genehmigung 2006/2007 im Netzgebiet Frankfurt im mittleren und im Netzgebiet Hanau im unteren einstelligen Millionenbereich erneut gekürzt.

Die Genehmigung der Netzentgelte Gas wurde für die Netzgebiete Frankfurt und Main-Spessart zum 17. Juli 2008 erteilt. Gegenüber der ersten Genehmigung erfolgte hier eine Steigerung der Kosten, die für das Netzgebiet Frankfurt im mittleren einstelligen Millionenbereich und für das Netzgebiet Main-Spessart im unteren sechsstelligen Bereich lag. Für das Netzgebiet Hanau war bereits in 2007 ein Verlängerungsantrag gestellt und von der BNetzA genehmigt worden.

Gegenüber dem Jahr 2007 blieben die in der zweiten Entgeltgenehmigungsrunde insgesamt genehmigten Kosten annähernd konstant, wobei die Entwicklungen in den einzelnen Netzgebieten – wie dargestellt – Unterschiede aufweisen. Zu den noch Anfang 2008 befürchteten erneut tiefen Einschnitten bei den Entgelten ist es dementsprechend nicht gekommen.

Die in 2008 genehmigten Kosten galten im Strom- und Gasnetz jeweils rückwirkend ab 1. Januar 2008 (Strom) bzw. 1. April 2008 (Gas) und bildeten die Ausgangsbasis für die am 1. Januar 2009 begonnene Anreizregulierung.

Auf der Basis umfangreicher Datenerhebungen zum 10. Januar 2008 bzw. 28. März 2008 hat die BNetzA mittels statistischer Methoden Effizienzvergleiche der Netzbetreiber durchgeführt und Effizienzwerte je Netzbetreiber ermittelt. Im September 2008 wurden diese im Rahmen der Anhörungsverfahren für Strom und Gas an die Netzbetreiber kommuniziert. Die NRM hat hierzu in umfangreichen Stellungnahmen ihre zum Teil abweichenden Positionen dargelegt. Dies erfolgte gestützt auf die Ergebnisse des durch die Verbände BDEW, VKU und GEODE initiierten Projekts „Benchmarking Transparenz 2008“, mit dem die Branche die Effizienzwerte der BNetzA überprüft hat.

Mit Datum vom 5. Dezember 2008 hat die BNetzA die Erlösbergrenze Gas für das Netzgebiet Main-Spessart festgelegt. Am 18. Dezember 2008 folgte die Festlegung für die Netzgebiete Frankfurt und Hanau. Mit Datum vom 4. Februar 2009 liegen nunmehr auch die Erlösbergrenzen für Strom vor. Daraus ergeben sich Effizienzwerte für das Netzgebiet Frankfurt in Höhe von jeweils rund 94 % für Strom bzw. Gas. Die Effizienzwerte für Hanau liegen bei rund 89 % für Strom bzw. rund 86 % für Gas. Das Netzgebiet Main-Spessart nimmt mit Bescheid vom 11. Juni 2008 am sogenannten vereinfachten Verfahren teil; der Effizienzwert liegt demzufolge bei 87,5 %. Aus den vorliegenden Effizienzwerten und dem allgemeinen Produktivitätsfortschritt, der mit 1,25 % p. a. für die erste bzw. 1,5 % p. a. für die zweite Regulierungsperiode in der ARegV festgelegt ist, ergibt sich zukünftig weiterhin ein deutlicher Kostendruck auf das Netzgeschäft.

Bei Strom liegen die Erlösbergrenzen in Frankfurt und Hanau unter den genehmigten Kosten des Jahres 2008. Die BNetzA hat mit Bescheiden vom 15. bzw. 21. Juli 2008 die Eigenkapital (EK)-Zinssätze ab 1. Januar 2009 erhöht. Diese betragen nunmehr für Strom- bzw. Gasnetzbetreiber einheitlich 9,29 % vor Steuern für Neuanlagen bzw. 7,56 % vor Steuern für Altanlagen. Die EK-Zinssätze betragen bisher für Strom laut StromNEV bei Neuanlagen 7,91 % und bei Altanlagen 6,5 %, für Gas laut GasNEV bei Neuanlagen 9,21 % und bei Altanlagen 7,8 %. Auf Grund der insgesamt positiven Auswirkungen dieser Neufestsetzung der EK-Zinssätze wurde auf Beschwerden gegen die vorgenannten Bescheide der BNetzA verzichtet. Den höheren Kapitalkosten stehen allerdings Mehrerlöse aus dem Jahr 2007 gegenüber, die zu einer periodenübergreifenden Saldierung zulasten der NRM in 2009 führen, so dass die Stromerlöse in Summe sinken. Gegen die Bescheide zu den Erlösbergrenzen Strom wurde in Bezug auf einen Auflagenvorbehalt zur Mehrerlösabschöpfung Beschwerde eingelegt.

Die Erlösbergrenzen für Gas liegen in allen Netzgebieten über den genehmigten Kosten des Jahres 2008. Ursache dafür sind insbesondere die deutlich gestiegenen Entgelte des vorgelagerten Netzbetreibers Gas-Union Transport GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, die aus dem Wegfall des Marktgebietes der Gas Union GmbH, Frankfurt am Main, resultieren sowie der Inflationsaufschlag, der bei der Ermittlung der Erlösbergrenze gewährt wird. Zudem gab es auf Grund des warmen Jahres 2007 eine periodenübergreifende Saldierung zu Gunsten der NRM, die in 2009 zu Mehrerlösen führt. Dem stehen geringfügig gesunkene Kapitalkosten aus der

Neufestsetzung der EK-Zinssätze gegenüber. Auf Grund der positiven Entwicklung im Gasbereich wurde auf eine allgemeine Beschwerde gegen die Bescheide zu den Erlösobergrenzen Gas verzichtet. Lediglich gegen den Auflagenvorbehalt zur Mehrerlösabschöpfung wurde Beschwerde eingelegt.

Gegen die Entgeltbescheide der Regulierungsbehörden und gegen hierzu ergangene Beschlüsse der Oberlandesgerichte haben diverse Netzbetreiber Beschwerde eingelegt. Der Kartellsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) hat am 14. August 2008 zur Rechtmäßigkeit einzelner Auslegungen der StromNEV bzw. des EnWG entschieden. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Entscheidungen zur Behandlung der sogenannten Mehrerlöse, die die Netzbetreiber dadurch erzielt haben, dass sie in der Zeit von der Antragstellung bis zur erstmaligen Genehmigung der Netzentgelte ihre ursprünglichen Entgelte beibehalten haben. Auch wenn die Entscheidungen des BGH sich bisher nur auf Entgeltgenehmigungen im Strom beziehen, ist davon auszugehen, dass bei den Netzentgelten Gas entsprechend verfahren wird.

Das Urteil hat für die Netzbetreiber, und somit auch für den Konzern, weit reichende Konsequenzen. Zunächst handelt es sich bei den Mehrerlösen um Erlöse der Geschäftsjahre 2005 und 2006. Laut BGH dürfen die Netzbetreiber diese Mehrerlöse mangels Rechtsgrund nicht dauerhaft behalten. Grundsätzlich stellt sich damit die Frage einer Rückabwicklung mit den betroffenen Netzkunden bzw. einer Berücksichtigung der Mehrerlöse bei der Festlegung der zukünftigen Erlösobergrenzen. Die BNetzA lehnt die Rückabwicklung kategorisch ab und will die Netzbetreiber verpflichten, ihre Erlösobergrenzen voraussichtlich in den Jahren 2010-2012 anteilig um die angefallenen Mehrerlöse zu kürzen. Ein entsprechender Auflagenvorbehalt findet sich in den Bescheiden zu den Erlösobergrenzen. Der BGH hat die Rückabwicklung nicht ausgeschlossen. Gegen die Bescheide zu den Erlösobergrenzen Gas wurde in Bezug auf einen Auflagenvorbehalt zur Mehrerlösabschöpfung Beschwerde eingelegt.

Die Berechnung der Mehrerlöse ist der Höhe nach auch noch nicht geklärt. Insbesondere ist zwischen der BNetzA und der Branche strittig, ob die Mehrerlöse --etwa analog der periodenübergreifenden Saldierung-- zu verzinsen sind. Ebenfalls zu berücksichtigen ist, dass der BGH im August 2008 in einigen Rechtsfragen auch zu Gunsten der Netzbetreiber entschieden hat. Dies betrifft die seitens der Regulierungsbehörden unterlassene Berücksichtigung von Anzahlungen und Anlagen im Bau bei der Verzinsung, einen bei der Ermittlung des Fremdkapitalzinsatzes zu gewährenden Risikozuschlag sowie die Berücksichtigung gesicherter Erkenntnisse zur Höhe der Kosten für Netzverluste. Aus Sicht der Netzbetreiber sind diese positiven Entscheidungen zwingend bei der Ermittlung der Mehrerlöse zu berücksichtigen.

Der NRM liegen bereits erste Schreiben von Händlern vor, in denen diese eine individuelle Rückabwicklung der Mehrerlöse fordern. Es ist nicht auszuschließen, dass die Händler versuchen werden, ihre Forderungen rechtlich geltend zu machen. Auch der Grundversorger SWH hat gegenüber der NRM dargelegt, dass ihm im Rahmen der Stromtarifgenehmigungen nach BTOElTV für das Geschäftsjahr 2006 durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr

und Landesentwicklung die beantragte Tarifierhöhung unter Verweis auf die in 2006 zu erwartende Absenkung der Netznutzungsentgelte verwehrt wurde. Vor diesem Hintergrund macht SWH eine Rückforderung von Netzentgelten aus dem Geschäftsjahr 2006 gegenüber NRM geltend. Insgesamt kann derzeit das Risiko einer doppelten Abschöpfung nicht ausgeschlossen werden, sofern die Bundesnetzagentur individuelle Rückerstattungen bei der Festlegung der noch abzuschöpfenden Mehrerlöse unberücksichtigt lässt.

Im Einklang mit einer Stellungnahme vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 24. November 2008 zu den Auswirkungen des BGH-Urteils wurde das Risiko aus der Mehrerlösabschöpfung durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt.

### **Liberalisierung des Verkehrsmarkts**

Wir haben vor dem Hintergrund gestiegener Markt- und Wettbewerbsrisiken sowie europäischer Vorgaben den strukturellen organisatorischen Anpassungsprozess sowie die Erweiterung bzw. Erschließung neuer Geschäftsfelder im Jahr 2008 fortgesetzt. Dabei wurden die bisher umgesetzten Maßnahmen zur Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit im ÖPNV um die Gestaltung einer Inhousevergabe der Schienenverkehrsleistungen auf Grund der neuen EU-Verordnung VO (EG) 1370/2007 vom 23. Oktober 2007 und eines entsprechenden Grundsatzbeschluss der Stadt Frankfurt am Main ergänzt.

## **II. Geschäftsverlauf 2008**

### **Absatzentwicklung**

Die Entwicklung in den einzelnen Geschäftsbereichen stellt sich wie folgt dar:

### **Energie- und Wasserversorgung**

Das vertragliche Versorgungsgebiet unserer Gesellschaft blieb 2008 unverändert.

Im Jahr 2008 war die Witterung in den ersten drei Quartalen deutlich kühler als im außergewöhnlich warmen Jahr 2007. Die sogenannte Gradtagszahl als Indikator für den Heizbedarf unserer Kunden lag in unserem Versorgungsgebiet mit einem Wert von 3.224,6 um 9,6 % über der des Vorjahrs. Der Gaseinsatz in den Heizkraft- und Heizwerken der Mainova AG und der Mainova EnergieDienste GmbH (MED) zur Wärme- und Stromerzeugung wurde gegenüber dem Vorjahr um 22,7 % erhöht und lag bei 2,7 Mio MWh. Der Ausfall der Gas- und Dampfturbinen-Anlage (GuD) in Niederrad verringerte den Gaseinsatz und erhöhte, als Folge der witterungsbedingten Mehrproduktion, den Heizöleinsatz. Dagegen erhöhte der verlängerte Revisionszeitraum des Kohleblocks im HKW West den Einsatz von Gas zur Strom- und Wärmeproduktion.

Die in unserem Netzgebiet verteilte Strommenge belief sich auf rund 4,5 Mio MWh und steigerte sich damit gegenüber dem Vorjahr leicht um 3 %. Der Konzern hat dabei insgesamt knapp 3,9 Mio MWh Strom an Endkunden abgesetzt. Davon entfielen 3,4 Mio MWh an Endkunden innerhalb des eigenen Netzgebiets. Auch der Stromabsatz an Kunden außerhalb unseres Versorgungsnetzes konnte weiter gesteigert werden und betrug 0,5 Mio MWh. Als Eigenverbrauch wurden 0,2 Mio MWh eingesetzt, wobei hierin die Mengen für die öffentliche Straßenbeleuchtung enthalten sind. Die Stromhandelsmenge sank gegenüber dem Vorjahr um 30,6 % auf 2,5 Mio MWh (inkl. Spothandelsmenge).

Im Erdgasgeschäft verringerte sich unser Gasabsatz an Dritte um 4,4 % auf 18,2 Mio MWh. Die Gaslieferungen an Endverbraucher sind trotz der kühleren Witterung nur leicht um 2,2 % auf 9,0 Mio MWh gestiegen, da dem witterungsbedingten Mehrbedarf Kundenverluste im Geschäftskundensegment gegenüberstehen. Im Handelsgeschäft ging der Absatz durch Kundenverluste im Weiterverteilergeschäft und den Mengenrückgang beim Kraftwerk Staudinger auf 8,4 Mio MWh zurück. An das E.ON-Kraftwerk Staudinger wurden 1,1 Mio MWh (-10,8 %) geliefert.

Der Wärmeabsatz an unsere Endkunden ist auf Grund der kühleren Witterung um etwa 13 % auf 1,8 Mio MWh gestiegen. Der darin enthaltene Kälteabsatz lag mit 109 Mio kWh dagegen leicht unter dem Vorjahr. Die gesamte Wärmeeinspeisung ins Mainova-Netz belief sich auf 2,1 Mio MWh. Davon wurden 1,7 Mio MWh aus eigenen Heizkraft- und Heizwerken und jeweils knapp 0,2 Mio MWh aus den Heizzentralen der Mainova EnergieDienste GmbH (MED) und dem MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW) in das Netz eingespeist. Darüber hinaus wurden noch 0,03 Mio MWh aus dem Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH (BKF) eingespeist.

Die Wasserlieferungen an Dritte sind im Vergleich zum Vorjahr mit 41,6 Mio m<sup>3</sup> leicht unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang um 2,1 % ist auf die Wassereinsparungsmaßnahmen der Kunden zurückzuführen.

## **Öffentlicher Personennahverkehr**

Im Berichtsjahr wurden 189,9 Mio Fahrgäste in U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen befördert. Dies bedeutet einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von rund 5,4 Mio Fahrgästen (+2,9 %). Zurückzuführen ist diese positive Entwicklung vor allem auf einen Zuwachs bei den beförderten Personen mit Zeitkarten für Erwachsene auf Grund der hohen Erwerbstätigenzahl am Arbeitsort Frankfurt am Main und der damit verbundenen Ausgabe von Jobtickets.

## **Schwimmstätten**

Insgesamt konnten im Jahr 2008 in den Frankfurter Schwimmstätten rund 2,2 Mio Eintritte verzeichnet werden. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio Eintritte (+15,8 %) ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Saunabereich der Titus Thermen ganzjährig und der Schwimmhallenbereich ab April 2008 nach Modernisierung und Sanierung wieder geöffnet war.

## **Produktion und Beschaffung**

Unsere Heizkraftwerke sowie das Beteiligungsunternehmen Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW) und das Tochterunternehmen Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH (BKF) produzieren neben der Fernwärme für die Fernheiznetze Innenstadt, Niederrad und Nordweststadt auch Strom für den Mainova-Konzern. Der Energieeinsatz für 2008 wurde zu rund 43 % aus Erdgas, 35 % aus Feinkohle, 13 % aus Müll, 7 % aus Biomasse und 2 % aus Heizöl generiert. Beim MHKW wurden insgesamt 288.729 Tonnen (Vorjahr 256.833 Tonnen) Müll verbrannt und die BKF hat in ihrem mit Altholz und Grünschnitt befeuerten Biomasse-Kraftwerk 1,3 Mio Tonnen eingesetzt.

Im Geschäftsjahr wurden 1,5 Mio MWh eigenerzeugte elektrische Energie in das Netz eingespeist. Dies liegt mit 0,1 Mio MWh über dem Vorjahr. Im Mainova-Konzern sind die Erzeugungsmengen aus der Beteiligungsgesellschaft MHKW (8 %), dem Tochterunternehmen BKF (6 %) und den im Eigentum der Mainova und der MED befindlichen BHKW (2 %) in der Erzeugungsmenge enthalten. Trotz der Umbauarbeiten am Block II im HKW West und dem längerfristigen Ausfall der Gas- und Dampfturbine am Standort Niederrad konnte die Stromproduktion gesteigert werden. Beim MHKW verringerte sich die Stromerzeugung durch den Ausfall der Turbine um 0,03 Mio MWh auf 0,12 Mio MWh. Beim BKF wurden 0,09 Mio MWh (Vorjahr 0,08 Mio MWh) Strom erzeugt und in unser Netz eingespeist. Die Pflichtabnahme von Strom aus erneuerbaren Energien (EEG) belief sich auf 0,7 Mio MWh, was einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 22,2 % bedeutet.

In 2008 emittierten die Heizkraftwerke des Konzerns insgesamt 1.159.635 Tonnen CO<sub>2</sub>. Die Verbrennung der Steinkohle in den vier Heizkraftwerken verursachte davon 63 % (Vorjahr 69 %). Den Anlagen wurden Emissionsrechte für ein Gesamtvolumen von 1.050.973 Tonnen

CO<sub>2</sub> zugeteilt. Der Zertifikatebedarf der Kraftwerke konnte im Jahr 2008 nicht vollständig durch die zugeteilten Zertifikate abgedeckt werden. Im Laufe des Jahres 2008 wurden daher 125.000 Zertifikate zugekauft.

Der gesamte Strombedarf für die Vertriebskunden des Konzerns wird über die Energiehandels-gesellschaft Syneco GmbH & Co. KG, München, bezogen, an der wir zusammen mit unserer Aktionärin Thüga Aktiengesellschaft, der Nürnberger N-ERGIE Aktiengesellschaft sowie weiteren Gesellschaftern beteiligt sind. Auch die Platzierung der von den eigenen Kraftwerken erzeugten Strommengen am Markt erfolgt über die Syneco.

Rechnerisch haben wir rund 38 % der an Endkunden verkauften Strommengen aus umweltfreundlichen eigenen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) sowie den Kraftwerken der MHKW und dem Biomasse-Kraftwerk der BKF bezogen.

Gaslieferanten waren unverändert unsere Beteiligungsgesellschaft Gas-Union GmbH (GU) mit knapp 95 % und die E.ON Ruhrgas AG (ERG) sowie in noch geringfügigem Umfang die Syneco. Seit dem dritten Quartal 2007 ist der Liefervertrag mit der ERG auf die GU übertragen worden. Die ERG-Bezugsmenge sank dadurch von rund 14 % auf 5 % im Jahr 2008 und beinhaltet aktuell nur die Verträge über die Belieferung des Kraftwerks Staudinger. Das seit Oktober 2007 gültige Gasnetzzugangsmodell führt zu veränderten Abrechnungsmodalitäten. Hiernach werden die vorgelagerten Transportkosten nicht mehr in den Bezugskosten ausgewiesen. Der physische Lieferort wurde durch einen virtuellen Handelspunkt im jeweiligen Marktgebiet ersetzt, so dass die vorgelagerten Transportkosten seit 2008 vollständig in den Netzentgelten enthalten sind. Des Weiteren ist das neue Netzzugangsmodell GaBi-Gas (Gasbilanzierungsrichtlinie) seit Oktober 2008 in Kraft. Die neue Gasbilanzierungsrichtlinie legt fest, dass für die Gasbezugsmengen des Konzerns nur noch die von den Ausspeisernetzbetreibern erfolgten und von den Bilanzkreisnetzbetreibern gemeldeten Mengenallokationen maßgeblich sind. Diese gemeldeten Mengenallokationen werden dem Konzernunternehmen in Rechnung stellt.

Alleiniger **Wasserlieferant** war und ist die Hessenwasser GmbH & Co. KG, an welcher der Konzern mit 36,4 % beteiligt ist. Mit Hessenwasser besteht ein langfristiger Lieferungsvertrag für den gesamten Wasserbedarf der Mainova.

In 2008 wurde auf Grund der Verpflichtung, einen bedarfsgerechten und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr zu gestalten, die Verstärkung der Fahrstromversorgung fortgeführt, die ersten neuen Stadtbahnfahrzeuge des Typs U5 in Betrieb genommen, oberirdische Stadtbahnstationen umgebaut sowie Straßenbahn- und Bushaltesellen renoviert, Brandschutzmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsbauwerken durchgeführt und Bahnübergangs-Sicherungsanlagen erneuert. Weiterhin wurden Gleisbaumaßnahmen (Schienenwechsel, Sanierung von Überfahrten, etc.) vorgenommen, zusätzliche dynamische Fahrgastinformationsanzeigen (DFI) installiert und weitere Maßnahmen im Rahmen des Sicherheitskonzepts umgesetzt.

Die dem Bereich Schwimmstätten zugewiesenen Aufgaben bezogen sich im Jahr 2008 vor allem auf den Bau, die Unterhaltung und den Betrieb von Hallen- und Freibädern. Besonders zu erwähnende Maßnahme ist die vom Vermieter KG Nordtrakt ab Mitte April 2007 federführend betriebene Generalsanierung der Titus Thermen, die auf Grund von Bauzeitverzögerungen erst im April 2008 beendet werden konnte. Im Zuge der Sanierung wurden von uns etliche Beiträge zur Attraktivierung des Erlebnisbades erbracht. Außerdem gab es zahlreiche Neuerungen im Rebstockbad. Im größten Bad des Rhein-Main-Gebietes wurde eine Textilsauna mit Südsee-Ambiente im Schwimmhallenbereich und die Erneuerung bzw. Verbesserung der vorhandenen Strom- und Wärmeversorgung fertiggestellt.

### **Ertragslage**

Die Konzernumsatzerlöse beliefen sich im Berichtszeitraum auf EUR 1.866,1 Mio und lagen damit um EUR 179,3 Mio bzw. +10,6 % über den Vorjahreserlösen.

Der Umsatz aus dem Gasverkauf erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 130,7 Mio auf EUR 803,7 Mio (+19,4 %).

Im Berichtszeitraum wurden aus dem Stromgeschäft Umsatzerlöse in Höhe von EUR 581,2 Mio erzielt, dies waren EUR 19,9 Mio (+3,5 %) mehr als im Vorjahr.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Wärme lagen mit EUR 116,6 Mio um EUR 17,6 Mio (+17,8 %) über dem Vorjahreswert.

Die Erlöse aus dem Wasserverkauf verringerten sich um EUR 2,0 Mio (-2,5 %) auf EUR 78,2 Mio.

Der Anstieg der Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft ist bei einem Mengenrückgang auf die Weitergabe gestiegener Bezugskosten an Kunden zurückzuführen. Im Stromvertrieb wurden die Umsatzerlöse durch höhere Absatzmengen und Kundengewinne gesteigert, wohingegen die Stromhandelserlöse auf Grund gesunkener Handelsmargen rückläufig sind. Der Anstieg der Wärmeumsätze resultiert aus der gestiegenen Absatzmenge auf Grund der kühleren Witterung. Der Rückgang bei den Wasserumsätzen ist auf die gesunkenen Wasserlieferungen auf Grund von Wassereinsparmaßnahmen der Kunden zurückzuführen.

Die Erlöse aus Verkehrsleistungen lagen mit EUR 162,5 Mio um EUR 7,7 Mio (+5,0 %) über dem Vorjahresergebnis. Der Anstieg resultiert vor allem aus dem gestiegenen Fahrgastaufkommen und Tarifierhöhungen zum Fahrplanwechsel 2007/2008.

Die Umsatzerlöse aus Einnahmen von Eintrittsgeldern für den Besuch von Frankfurter Schwimmstätten sind um EUR 1,7 Mio auf EUR 7,6 Mio gestiegen (+28,8 %) und resultieren aus dem Anstieg der Besucherzahlen und einer zum 1. Januar 2008 erfolgten Erhöhung der Eintrittspreise.

Aus der Verpachtung der Verbrennungslinien 1 und 2 konnten Umsatzerlöse in Höhe von EUR 29,3 Mio ( i. Vj. EUR 30,2 Mio; -3,0 %) aus dem Betrieb der Abfallverbrennungsanlage realisiert werden.

Der Anstieg des Materialaufwands um 18,1 % auf EUR 1.369,7 Mio betrifft vor allem den Gas-, Brennstoff- und Treibstoffbezug. Die Erhöhung ist insbesondere durch die preisbedingt gestiegenen Gasbezugsaufwendungen verursacht. Ferner hat auch der höhere Gaseinsatz in den eigenen Kraftwerken zu der Erhöhung beigetragen. Die Aufwendungen für den Strombezug sind durch einen höheren EEG-Bezug gestiegen. Das Rohergebnis (Umsatzerlöse abzüglich Materialaufwand) reduzierte sich um 5,8 % auf EUR 496,4 Mio.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % gesunken. Der Rückgang resultiert vor allem aus dem Personalrückgang sowie aus der im Vorjahr gebildeten Personalrückstellungen. Gegenläufig wirkte sich die Tarifierhöhung um 5,1 % zum 1. Januar 2008 aus.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um EUR 31,8 Mio resultiert vor allem aus höheren Rückstellungszuführungen, dem Anstieg der Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Sanierung eines Verwaltungsgebäudes stehen.

Die Erträge aus assoziierten Unternehmen haben sich um EUR 4,8 Mio verringert. Das Ergebnis aus at-equity-Beteiligungen betrifft die Erträge aus assoziierten Unternehmen mit den im Rahmen der Equity-Fortschreibung vereinnahmten Jahresergebnissen in Höhe von EUR 35,1 Mio und Aufwendungen aus außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von EUR 8,9 Mio (i. Vj. EUR 19,0 Mio). Die Wertminderungen in 2007 und 2008 entfallen auf die Stadtwerke Hanau GmbH.

Der Rückgang der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen resultiert überwiegend aus dem im Vorjahr enthaltenen Einmaleffekt auf Grund Zinsen auf Steuern durch die steuerliche Außenprüfung in Höhe von EUR 16,7 Mio.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert und schließt mit einem positiven Betrag in Höhe von EUR 26,7 Mio (i. Vj. EUR 59,5 Mio) ab.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 40,7 Mio auf EUR 2,7 Mio verringert. Ursächlich für diesen Rückgang sind hauptsächlich Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuerbelastungen für Vorjahre auf Grund der im Vorjahr abgeschlossenen steuerlichen Außenprüfung.

Der Jahresüberschuss des Konzerns beträgt EUR 21,0 Mio (i. Vj. EUR 13,4 Mio). Nach Verrechnung des auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinns ergibt sich ein Konzernergebnis von EUR 8,2 Mio (i. Vj. EUR -1,6 Mio).

### **III. Vermögens- und Finanzlage**

Die Konzern-Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr infolge der nachstehend aufgeführten Entwicklungen um EUR 6,6 Mio auf EUR 2.449,1 Mio erhöht.

Auf der Aktivseite nahmen die immateriellen Vermögensgegenstände um EUR 4,3 Mio zu, das Sachanlagevermögen erhöhte sich bei Abschreibungen von EUR 134,7 Mio um EUR 23,2 Mio.

Im Konzern wurden im Berichtsjahr EUR 163,0 Mio (i. Vj. EUR 157,0 Mio) in Sachanlagen investiert.

Den Schwerpunkt der Zugänge bei den Sachanlagen bildet die Grundsanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt einschließlich des zugehörigen Heizkraftwerkes, die Erweiterung und Erneuerung der Verteilungsanlagen im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich, der Neubau bzw. die Sanierung von Verwaltungsgebäuden sowie die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personennahverkehr und der Ausbau des vorhandenen Streckennetzes einschließlich der hierfür geleisteten Anzahlungen. Bei den Abgängen handelt es sich fast ausschließlich um den Verkauf bzw. Verschrottung von voll abgeschriebenem Vermögensgegenstände im Bereich unserer Verteilungsanlagen und Fahrzeuge für den Personennahverkehr.

Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich um EUR 9,0 Mio Maßgebend hierfür ist der Zugang der Beteiligung an assoziierten Unternehmen der Gemeinschaftskraftwerke Irsching GmbH (GKI) in Höhe von EUR 19,3 Mio Gegenläufig hat sich eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von EUR 8,9 Mio auf den Beteiligungsbuchwert an dem assoziierten Unternehmen Stadtwerke Hanau GmbH ausgewirkt. Die übrige Veränderung ist auf den Ansatz der assoziierten Unternehmen im Rahmen der Equity-Fortschreibung zurückzuführen.

Die Vorräte haben sich um EUR 6,3 Mio erhöht, die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich hauptsächlich abrechnungsbedingt und durch Steuererstattungsansprüche um insgesamt EUR 32,3 Mio verringert. Ebenso ist der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten um EUR 2,5 Mio zurückgegangen.

Der Rechnungsabgrenzungsposten reduzierte sich um EUR 1,5 Mio.

Der Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich geringfügig auf 53,0 % (i. Vj. 52,1 %).

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um EUR 6,7 Mio erhöht. Die empfangenen Ertragszuschüsse stiegen um EUR 0,7 Mio.

Die Rückstellungen haben sich um EUR 33,6 Mio vermindert, insbesondere für Steuern. Der Rückgang beruht hauptsächlich auf dem Verbrauch der Rückstellungen für die steuerliche Außenprüfung für die Veranlagungszeiträume 1995 bis 2000. Bei den Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen verminderten sich hauptsächlich die Rückstellungen für Freistromdeputate.

Dagegen erhöhten sich die sonstigen Rückstellungen um EUR 15,4 Mio. Dies ist u.a auf die Bildung der Rückstellungen für Mehrerlösabschöpfung von EUR 36,7 Mio zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um EUR 33,1 Mio. Der Anstieg resultiert vor allem aus Darlehenszugängen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, einem Anstieg bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht auf Grund von gestiegenen Finanzverbindlichkeiten im Rahmen des gemeinsamen Cash-Pooling mit der VIAS und den gestiegenen Verbindlichkeiten aus Steuern.

Der Rechnungsabgrenzungsposten ging auflösungsbedingt um EUR 0,3 Mio zurück.

Zum Bilanzstichtag war das Anlagevermögen auf der Basis einer nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aufbereiteten Bilanz zu 71,7 % durch Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gedeckt, die Eigenkapitalquote erhöhte sich geringfügig von 19,4 % auf 19,6 %. Die Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 54,0 % (i. Vj. 52,8 %) an der Bilanzsumme. Den größten Anteil an den Verbindlichkeiten haben mit 62,1 % (i. Vj. 63,5 %) die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; ihr Anteil an der Bilanzsumme beläuft sich unverändert auf 33,5 %.

Die finanzielle Entwicklung des Konzerns ist der Kapitalflussrechnung zu entnehmen. Aus dem um EUR 108,6 Mio auf EUR 200,3 Mio gestiegenen Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit und dem um EUR 40,3 Mio auf EUR 2,9 Mio gestiegenen Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit konnte der Cash Flows aus der Investitionstätigkeit in Höhe von EUR 184,2 Mio komplett gedeckt werden. Der verbleibende positive Cash Flow hat den Finanzmittelbestand zum Jahresende um EUR 19,0 Mio auf EUR 27,4 Mio (i. Vj. EUR 8,4 Mio) erhöht.

## **IV. Risikomanagement**

### **Bericht über wesentliche Chancen und Risiken**

Die Gestaltung des Risikomanagements innerhalb der SWFH orientiert sich an den gesetzlichen Anforderungen des KonTraG.

Risiken der zukünftigen Entwicklung des SWFH-Konzerns ergeben sich im Wesentlichen aus der dauerhaften Verlustsituation der Bereiche öffentlicher Personennahverkehr und öffentliche Schwimmbäder, welche sich vor allem auf Eigenkapital und Finanzierung auswirken.

Aus der künftigen Übernahme von städtischen Aufgaben können sich erhebliche Auswirkungen auf die Ertrags- und Finanzlage des Konzerns ergeben. Derzeit sind keine konkreten Maßnahmen in Planung.

Die Möglichkeit, sich kurzfristig über vorhandene Kreditlinien bei Banken zu finanzieren, wurde 2008 vorübergehend in Anspruch genommen. Darüber hinaus besteht bis auf weiteres die Möglichkeit, sich über die Stadtkasse der Stadt Frankfurt am Main zu refinanzieren.

### **Risiken und Chancen aus dem Energie- und Wasserversorgungsbereich**

Es bestehen Risiken vor allem auf Grund von gesetzlichen Vorgaben, die im Einzelnen unter Ziffer I. Geschäftsfelder und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen bereits erläutert wurden. Insbesondere bestehen Risiken aus der Regulierung der Netzentgelte Strom und Wasser (inklusive der rechtlichen Unsicherheiten und den offenen Beschwerdeverfahren), Risiken im Zusammenhang mit der Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für den Wettbewerb (Smart Metering) und aus dem Verfahren zur Überprüfung der Wasserpreise.

#### **Regulierung der Netzentgelte Strom und Gas**

Am 1. Januar 2009 hat die sogenannte Anreizregulierung begonnen. Ziel der Anreizregulierung ist es, die Netzentgelte über eine Dauer von zunächst zwei Regulierungsperioden je vier bzw. fünf Jahren schrittweise zu senken, wofür die BNetzA den Netzbetreibern konkrete Zielvorgaben gemacht hat. Aus den jetzt beschiedenen Effizienzwerten für das Netzgebiet Frankfurt in Höhe von jeweils rund 94 % für Strom bzw. Gas, für Hanau von rund 89 % für Strom bzw. rund 86 % für Gas und für Main-Spessart von 87,5 % (vereinfachtes Verfahren) ergeben sich individuelle Senkungsvorgaben zwischen 6 und 14 % über die beiden Regulierungsperioden. Dazu kommt die allgemeine Produktivitätsvorgabe mit 1,25 % pro Jahr in der ersten und 1,5 % jährlich in der zweiten Regulierungsperiode. Mit Blick auf die Investitionstätigkeit der Netzbetreiber ist voraussichtlich ab der zweiten Regulierungsperiode die zusätzliche Berücksichtigung einer Qualitätskomponente geplant, die die Netzqualität über Zu- bzw. Abschläge auf die Erlösobergrenzen belohnen bzw. pönalisieren soll.

Die jetzt bekannten Effizienzwerte liegen deutlich über den noch Anfang 2008 erwarteten Effizienzwerten. Gleichwohl gehen die Szenarien für die Strom- und Gasnetze für das Netzgebiet Frankfurt weiterhin von einer Absenkung im zweistelligen Millionenbereich, für Hanau im einstelligen und für Main-Spessart im unteren einstelligen Millionenbereich bis zum Ende der zweiten Regulierungsperiode (2017 bzw. 2018) gegenüber den in 2005 bzw. 2007 beantragten Kosten aus. Trotz der absehbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Situation gegenüber den bisherigen Planungen wird die Anreizregulierung das Ergebnis des Mainova-Konzerns weiterhin maßgeblich beeinflussen und so auch auf Arbeitsplätze, Einkommen und Wertschöpfung in der Rhein-Main-Region ausstrahlen.

Die Kompensation von Erlösrückgängen in der genannten Größenordnung erfordert eine Neuausrichtung des Netzgeschäfts. Zu den bereits frühzeitig ergriffenen Maßnahmen zählt das Ergebnisverbesserungsprogramm, in dem für die Netzgebiete Frankfurt und Hanau umfangreiche Einzelmaßnahmen definiert wurden. Die Maßnahmen sind bereits Ende 2008 zum größten Teil umgesetzt, die geplanten Ergebnisverbesserungen konnten bis Ende 2008 bereits vollumfänglich realisiert werden und wurden z. T. überschritten.

Angesichts der Vorgaben für die Anreizregulierung wurde bereits in 2007/2008 eine risikoorientierte Asset-Strategie erarbeitet. Ziel ist die langfristige Optimierung der Netzkosten und die Sicherung der Netzrendite. Auf Basis dieser Strategie sollen die Investitions- und Instandhaltungsbudgets unter Kosten-, Nutzen- und Risikoaspekten optimal allokiert werden. Dabei besteht das Risiko, dass die Versorgungszuverlässigkeit der Netze nicht auf dem derzeit sehr guten Niveau gehalten werden kann, das wir im deutschen und europäischen Vergleich innehaben. Ob hier die geplante Qualitätskomponente in der Anreizregulierung ausreichende Entlastung schaffen kann, ist momentan nicht absehbar. Eine Einschränkung der Sicherheit der Netze wird aber nicht in Kauf genommen.

Nach einer umfangreichen Vorstudie wurde zudem im Sommer 2008 das Projekt „Prozess- und Auftragsmanagement – PAM“ gestartet. Die Umsetzung der im Projekt erarbeiteten neuen Aufbauorganisation der NRM soll im ersten Halbjahr 2009 erfolgen. Danach wird die eigentliche Prozessoptimierung beginnen. Wir rechnen mittel- und langfristig mit nachhaltigen Einsparungen aus dem Projekt.

#### Rechtliche Unsicherheiten in der Netzregulierung/Offene Beschwerdeverfahren

Die NRM hat in den letzten Jahren gegen verschiedene Bescheide der Bundesnetzagentur Beschwerde eingelegt, zu denen sämtlich noch keine rechtskräftigen Entscheidungen vorliegen. So hat die NRM gegen die Anwendung der neuen Preisindizes im November 2007 Beschwerde eingelegt. Durch die Verwendung dieser neuen Indizes sinken die Tagesneuwerte des Anlagevermögens und demzufolge auch die ansetzbaren kalkulatorischen Kapitalkosten.

Des Weiteren hat die NRM im Januar 2009 gegen die Ablehnung der Anerkennung ihrer freiwilligen Selbstverpflichtung zur Beschaffung von Verlustenergie als wirksame Verfahrensregulierung Beschwerde eingelegt. Die NRM sieht sich durch diese Entscheidung benachteiligt: Zum einen wird die Möglichkeit in der ARegV, Verlustenergiekosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten anzuerkennen, durch das Vorgehen der BNetzA ausgeschlossen. Zum anderen befürchten wir ein Ungleichgewicht zwischen den Chancen und Risiken, die sich aus der Festlegung der BNetzA vom Oktober 2008 ergeben, mit dem diese ihrerseits die Verlustenergiebeschaffung geregelt hat. Es steht etwa zu befürchten, dass Preisvorteile, die der Netzbetreiber bei der Beschaffung der Verlustenergie realisiert, abgeschöpft werden, während Preisnachteile von ihm selbst zu tragen und eben nicht an die Netznutzer weitergereicht werden können. Gleichzei-

tig erfordert die Festlegung der BNetzA aus unserer Sicht den Aufbau einer Handelskompetenz, die im Wege des Unbundling gerade vom Netzgeschäft getrennt wurde.

Ebenfalls im Januar bzw. März 2009 hat die NRM Beschwerde gegen die Auflagenvorbehalte zur Mehrerlösabschöpfung aus den Bescheiden zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für Gas vom 18. Dezember 2008 bzw. Strom vom 4. Februar 2009 eingelegt. Auf Basis der Entgeltenehmigungsbescheide für Strom und Gas aus den Jahren 2006/2007 sehen wir eine Anspruchsgrundlage zur Mehrerlösabschöpfung (MEA) als nicht gegeben an.

Der Ausgang der offenen Beschwerdeverfahren, insbesondere zu den neuen Preisindizes und zur MEA, hat wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des Mainova-Konzerns der kommenden Jahre.

#### Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für den Wettbewerb (Smart Metering)

Das am 9. September 2008 in Kraft getretene „Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für den Wettbewerb“ sorgt insbesondere mit der Änderung des § 21b des EnWG für eine vollständige Liberalisierung des Messwesens. Die Anschlussnehmer können danach bestimmen, dass der Betrieb ihrer Messstellen sowie die Messung selbst durch einen Dritten und nicht mehr durch den heutigen Netzbetreiber erfolgen soll. Mit der Messzugangsverordnung (MessZV) vom 23. Oktober 2008 wurden hierfür die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen. Im Ergebnis wird damit ein Teil des heutigen regulierten Netzgeschäfts in den Wettbewerb entlassen – ein neuer Markt entsteht.

Die Liberalisierung des Messwesens bietet für die etablierten Netz- und Messstellenbetreiber Chancen und Risiken gleichermaßen. Die Chancen liegen insbesondere darin, durch die Übernahme neuer Messstellen Skaleneffekte und zusätzliches Geschäft zu generieren und dadurch den zukünftigen Kosten- und Ergebnisdruck abzumildern. Da viele Unternehmen diesen Weg gehen werden und zudem bereits neue Marktteilnehmer auftreten, ist hier allerdings mit Preiskämpfen zu rechnen, die die Rentabilität dieses Geschäfts begrenzen dürften. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Potenziale werden daher erst in Zukunft richtig bewertbar sein.

In jedem Fall stellt die Liberalisierung des Messwesens für die etablierten Netz- und Messstellenbetreiber eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung dar. Die Umsetzung der MessZV erfordert die Ausprägung und Implementierung neuer Prozesse. In einer Verbände übergreifenden Arbeitsgruppe wurden hierzu allein 14 Prozesse definiert, die für einen reibungslosen Wechsel des Messstellenbetreibers und Messdienstleisters einheitlich geregelt sein müssen. Die Prozessbeschreibungen inkl. der neuen Verantwortlichkeiten und Arbeitsteilungen liegen jetzt bei der BNetzA zur Entscheidung. Erst danach kann der tatsächliche Aufwand zur Umsetzung der MessZV sowie daraus resultierende weitere Risiken (z. B. Abgabe der Hoheit über die Messdaten vom Netzbetreiber an den Messdienstleister) bewertet werden. Des Weiteren sind umfangreiche Verträge zwischen den Netzbetreibern, Messstellenbetreibern/Messdienstleistern, Liefere-

ranten und Anschlussnehmern zu schließen. Auch hierzu gibt es derzeit noch intensive Diskussionen zwischen den verschiedenen Beteiligten. Ungeachtet der noch offenen Fragen drängen bereits erste Unternehmen, insbesondere Lieferanten, die Netzbetreiber zur Abgabe des Messstellenbetriebs bzw. der Messdienstleistung. Zudem muss die neue Marktrolle in den IT-Systemen abgebildet werden, da die o. g. neuen Prozesse an einen automatisierten, elektronischen Datenaustausch gebunden sind.

Weitere Belastungen werden aus der Verpflichtung zur Einführung sogenannter Smart Meter entstehen, d. h. intelligenter Zähler, die den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegeln. Die EU-Richtlinie über die Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen fordert solche Smart Meter; und auch das integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung (IEKP) sieht die flächendeckende Einführung intelligenter Zähler binnen sechs Jahren vor. Der neue § 21b EnWG fordert zudem, dass ab 1. Januar 2010 in Neubauten Smart Meter einzubauen sind, soweit dies technisch machbar und wirtschaftlich zumutbar ist. Der Austausch alter bzw. der Einbau neuer intelligenter Zähler ist mit hohen Kosten verbunden; dabei ist derzeit noch unsicher, wer letztlich die Kosten hierfür zu tragen hat.

Der Mainova-Konzern startete zwei Pilotprojekte, im Rahmen derer in rund 1.500 Frankfurter Haushalten intelligente Stromzähler installiert wurden. Auf diesem Wege möchte Mainova vor allem die wirtschaftliche und technische Umsetzbarkeit sowie das Kundeninteresse an dem Smart Meter erforschen. Als problematisch herausgestellt hat sich, dass für die intelligenten Stromzähler noch kein allgemeingültiger Standard definiert wurde. Dies birgt eine gewisse Unsicherheit bezüglich der letztlich verwendeten Technologie.

#### Verfahren zur Überprüfung der Wasserpreise

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) hat die Mainova am 10. Dezember 2007 im Rahmen einer Verfügung aufgefordert, rückwirkend für die Zeit ab 1. Juli 2005 die Preise für Haushalts- und Kleingewerbekunden um durchschnittlich 37 % zu senken. Die Verfügung ist bis zum 31. Dezember 2009 befristet. Das HMWVL hat Mainovas Wasserpreisniveau mit dem der Stadtwerke Augsburg sowie zwölf weiteren kommunalen Wasserversorgungsunternehmen im gesamten Bundesgebiet verglichen. Gegen diese Verfügung legte Mainova am 19. Dezember 2007 beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main Beschwerde ein, da die Umsetzung der Verfügung voraussichtlich dauerhafte nicht ausgleichende jährliche Verluste im Wassergeschäft im unteren zweistelligen Millionenbereich sowie eine nachhaltige erhebliche Wertminderung der Wasserversorgungsnetze zur Folge hätte und diese letztlich die wirtschaftliche Substanz Mainovas gefährden würden. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Am 18. November 2008 bestätigte das OLG Frankfurt am Main eine parallele Preissenkungsverfügung des HMWVL gegen den Wetzlarer Wasserversorger EnWag. Das OLG erklärte in seiner Begründung, dass Wasserversorger, die Endkunden beliefern, grundsätzlich miteinander vergleichbar seien. Unterschiede in der Beschaffungssituation fielen dabei „nicht ins Gewicht“, da an die Vergleichbarkeit lediglich geringe Anforderungen zu stellen seien, so dass ein „grobes Raster“ ausreiche. Zudem kam das OLG zu dem Ergebnis, dass zur Rechtfertigung höherer Preise als bei Vergleichsunternehmen nur „unvermeidbare Kosten“ bedingt durch „schicksalhafte Strukturnachteile“ geeignet seien. EnWag habe höhere Kosten im Vergleich zu ähnlichen Unternehmen jedoch nicht ausreichend in Form einer detaillierten Kostenstellenrechnung begründet. Die Darlegungs- und Beweislast liege beim Versorgungsunternehmen. Eine rückwirkende Feststellung, dass Wasserpreise seit dem 1. Juli 2005 missbräuchlich überhöht seien, sei hingegen aufzuheben.

Der Beschluss des OLG ist noch nicht rechtskräftig. EnWag und HMWVL haben beim Bundesgerichtshof (BGH) Rechtsmittel eingelegt.

Mainova hat anhand umfangreicher Gutachten detailliert dargelegt, woraus sich für Mainova eine abweichende Kostensituation ergibt. Wesentliche Rechtfertigungsgründe aus Sicht der Mainova sind beispielsweise die hohe Anzahl von Pendlern und Hotelgästen in Frankfurt, für die Mainova eine ausreichende Wasserversorgung bei geringerer spezifischer Wasserabnahme dieser Kunden sicherstellen muss. Auch die Kosten der Wasserbeschaffung von der Hessenwasser GmbH & Co. KG sind in Frankfurt auf Grund der aufwändigeren Wassergewinnungsverfahren höher als im Bundesdurchschnitt und bei den Vergleichsunternehmen. Darüber hinaus ist der Rückgang der Wasserabgabe an Endkunden bei Mainova deutlich größer als im Bundesdurchschnitt. Hinzu kommt der Umstand, dass an die Stadt Frankfurt im Vergleich zu anderen Städten eine höhere Konzessionsabgabe zu zahlen ist.

Aus diesen Gründen geht Mainova davon aus, dass das EnWag-Verfahren nicht ohne weiteres mit dem Verfahren der Mainova vergleichbar ist.

Neben dem Kartellverfahren des HMWVL hat am 26. November 2007 der Hessische Rechnungshof gegenüber der Stadt Frankfurt am Main eine vergleichende Prüfung der Trinkwasserpreise in Hessens Großstädten angekündigt. Dieses ebenfalls sehr umfangreiche Verfahren wurde vom Hessischen Rechnungshof Anfang 2008 mit Unterstützung eines Beratungsunternehmens gestartet und wird aller Voraussicht nach Mitte 2009 abgeschlossen. Der Hessische Rechnungshof wird für seine Prüfung voraussichtlich andere Bewertungskriterien als das HMWVL heranziehen, was zu unterschiedlichen behördlichen Prüfungsergebnissen führen kann.

Für Risiken, die den Fortbestand der Mainova, ihrer Tochtergesellschaften oder einzelner Beteiligungen zukünftig gefährden oder deren Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen könnten, gibt es trotz der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise keine Anhaltspunkte. Gleiches gilt für die Berücksichtigung der Gesamtrisikopositionen des Mainova-

Konzerns. Es kann hingegen nicht ausgeschlossen werden, dass sich durch den verschärfenden Wettbewerb, die Netzentgeltregulierung sowie die Verfügung zur Wasserpreissenkung der Hessischen Landeskartellbehörde Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben können.

### **Risiken und Chancen aus dem Bereich Öffentlicher Personenverkehr**

Wesentliche Risiken bestehen wie folgt:

Als langfristig entwicklungsbeeinträchtigende Risiken wurden identifiziert:

- Markt- und Wettbewerbsrisiken im Hinblick auf die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes und des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen sowie die Priorisierung der Ausschreibung von ÖPNV-Verkehrsleistungen durch die hessische Landesregierung sowie die Präferenzierung der Ausschreibung von Busverkehrsleistungen in Frankfurt.

Mittelfristig bestehen hohe Risiken u. a. durch:

- den möglichen Verlust weiterer Leistungen im Busbereich ab Dezember 2010.
- Die Kürzung von Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen auf Grund von Anpassungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) sowie der mögliche Wegfall der Förderung aus Stellplatzablösemitteln der Stadt Frankfurt am Main.
- Nicht ausgeräumte Unsicherheiten auf Grund der Umsetzung europäischer in nationale Vorgaben hinsichtlich der Veränderung des Personenbeförderungsrechts und dadurch bedingter Finanzierungsanpassungen, insbesondere im Hinblick auf unzulässige Beihilfen und mögliche Rückforderungen von Mitteln aus der öffentlichen Kofinanzierung von Kosten- und Deckungsfehlbeträgen.
- Weitere Abschmelzung von Landesmitteln im Rahmen des RMV-Vertragswerkes (Kooperationsförderung, Nachteilsausgleich, Zuwendungen für den lokalen Verkehr) und der Pauschalierung der Mittel nach § 45a PBefG nach Auslaufen der Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Hessen und dem RMV bzw. zwischen dem RMV und der traffiQ zum 31. Dezember 2009 (entsprechende Folgevereinbarungen sind abzuschließen)

Neben den Risiken konnten die folgenden Chancen ermittelt werden:

- Weiterführung der strukturellen und organisatorischen Maßnahmen zur Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen der Infrastruktur, Schienenbetrieb und Vertrieb.

- Rechtskonforme Gestaltung einer Inhousevergabe auf Grundlage der neuen EU-VO 1370/2007 (Betrachtung der VGF mit der Erbringung der Schienenverkehrsleistungen).

### **Auswirkungen der Finanzmarktkrise**

Bei Kreditanfragen sind deutlich steigende Margen festzustellen. Die Anzahl der möglichen Bankpartner nimmt ab, da zurzeit keine ausländischen Banken am Markt aktiv sind. Kurzfristige Liquiditätsschwankungen können --wie bisher-- über vorhandene Kreditlinien abgefangen werden.

Erste Auswirkungen der Finanzkrise sind für den Mainova-Teilkonzern spürbar. Dies zeigt sich vor allem am Abnahmeverhalten unserer Industriekunden, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise Produktionsanpassungen vornehmen. Allerdings liegt der Schwerpunkt unseres Kundenportfolios im Privatkundensegment sowie bei dienstleistungsnahen Gewerbekunden, die beispielsweise Bürogebäude oder Rechenzentren betreiben. Hier wirkt sich die Finanzkrise bisher nicht im gleichen Maße aus wie beim produzierenden Gewerbe.

Sofern die Arbeitslosigkeit im Raum Frankfurt sowie die Insolvenzen von Geschäftskunden ansteigen sollten, rechnet Mainova mittelfristig mit zunehmenden Ausfällen, dem verstärkten Ausnutzen von Zahlungszielen und einer steigenden Inanspruchnahme von Stundungen und Ratenzahlungen. Derzeit liegen diese noch auf einem sehr niedrigen, im langfristigen Vergleich stabilen Niveau. Bereits in der Vergangenheit setzte Mainova im Forderungsmanagement systemgestützte Verfahren ein, die sich am Kundensegment sowie an internen und externen Bonitätseinschätzungen orientieren. Einer sich bei den Kunden abzeichnenden Verschlechterung der Zahlungsmoral wird mit der Anforderung von Sicherheitsleistungen begegnet. Darüber hinaus setzt Mainova bei Großkunden gezielt Telefoninkasso ein. Durch die Onlineanbindung an externe Auskunftsteile in Verbindung mit internen Bonitätsmerkmalen ist es uns möglich, drohende Zahlungsausfälle rechtzeitig zu erkennen und gemeinsam mit dem Kunden nach Lösungen zu suchen, um eventuelle Schäden zu minimieren. Derzeit können wir das Ausmaß eventueller Absatzeinbußen und Zahlungsausfälle jedoch nicht abschließend einschätzen. Es ist zudem davon auszugehen, dass sich die Finanzkrise negativ auf unsere Finanzierungsbedingungen bei Kreditgebern auswirken wird.

Für die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, die BäderBetriebe Frankfurt GmbH und die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main sind keine wesentlichen Auswirkungen zu erwarten.

Für das weltweite Passagieraufkommen wird kurzfristig mit einem Rückgang gerechnet, der auch Fraport betrifft. Durch die Wirtschaftskrise ist der Geschäftsreiseverkehr, der in Frankfurt bedeutend ist, negativ beeinflusst. Auch das Cargo-Aufkommen wird weiterhin rückläufig bleiben. Nach wie vor ist die Buchungslage bei den Ferienreisenden relativ unbelastet. Die Fluggesellschaften passen insgesamt ihre Kapazitäten an.

## **Fazit**

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Prüfung des Risikoportfolios durch die Geschäftsführung aufzeigt, dass mit dem Eintritt von Risiken mit bestandsgefährdenden Auswirkungen auf die Finanz-, Liquiditäts- und Ertragslage des SWFH-Konzerns derzeit nicht gerechnet wird.

## **V. Forschung und Entwicklung**

In Gemeinschaftsprojekten mit unterschiedlichen Partnern beteiligen wir uns an mehreren anwendungsorientierten Entwicklungsvorhaben in den Bereichen rationelle Energieanwendung, Erneuerbare-Energie-Projekte und neue Technologien; u. a. erproben wir Fotovoltaikmodule in Fotovoltaik-Großanlagen. Besondere Bedeutung messen wir dezentral und mobil einsetzbaren Techniken zur effizienten Energienutzung wie dem Smart Metering bei.

## **VI. Voraussichtliche Entwicklung**

Die Konjunkturaussichten für das Geschäftsjahr 2009 haben sich infolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich verschlechtert. Nach einem Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 um 1,3 % wird für das Jahr 2009 ein Rückgang um mindestens 3 % erwartet. Deutschlands wichtigste Handelspartner sind von den weltweiten rezessiven Entwicklungen besonders stark betroffen. Als direkte Konsequenz von Finanzkrise und kollabierenden Immobilienmärkten kommt es dort zu ausgeprägten Schwächephasen, die zu einem deutlichen und länger anhaltenden Rückgang der für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft wichtigen Auslandsnachfrage führen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich zudem negativ auf das Konsum- und Investitionsverhalten auswirken. Die Unsicherheit bei den Verbrauchern sowie eine geringere Arbeitsmarktdynamik belasten den privaten Verbrauch. Zudem werden die Unternehmensinvestitionen vor dem Hintergrund der schwächeren Industriekonjunktur sinken. Die Wirtschaft befindet sich damit 2009 in einer Rezession. Die Bundesregierung hofft nun, den Einbruch des Bruttoinlandsprodukts mit Hilfe ihrer zwei insgesamt 29 Einzelmaßnahmen umfassenden Konjunkturpakete auf etwa 2 % begrenzen zu können. Inwieweit diese Hilfsmaßnahmen die Konjunktur stützen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Experten rechnen damit, dass sich die deutsche Wirtschaft erst wieder 2010 moderat beschleunigen wird.

### **Entwicklung der Energiepreise und des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels**

Zu Beginn des Jahres 2009 war das Geschehen an den Energiemärkten weiterhin von der Konjunkturkrise überschattet.

Die Stromterminnotierungen der Kalenderjahrprodukte Baseload erreichten mit etwa 50 Euro pro Megawattstunde im Januar einen neuen Tiefststand im laufenden Abwärtstrend. Grund hierfür waren fallende Preise bei den Emissionsrechten, die vermutlich deshalb unter Abgabedruck gerieten, weil Industrieunternehmen überschüssige Zertifikate am Markt platzierten, um liquide Mittel zu erhalten. Dagegen deutete sich bei den Öl- und Kohlepreisen eine leichte Stabilisierung an, die sich bereits im Dezember 2008 abzeichnete.

Im weiteren Jahresverlauf 2009 gehen viele Experten von einer Beruhigung des Wirtschaftsabschwungs in der zweiten Jahreshälfte aus. Dies nicht zuletzt deshalb, weil von einer positiven Wirkung der national und international aufgelegten Konjunkturprogramme und der für den Finanzsektor bereitgestellten Hilfsprogramme ausgegangen wird. Sofern diese Entwicklung eintritt, dürfte der Verfall der Energiepreise weitgehend zum Stillstand kommen. Gleichwohl gibt es Befürchtungen, die von einem rezessiven Verlauf über das Jahr 2009 hinaus ausgehen, welcher zu einem weiteren Verfall der Energiepreise führen könnte.

### **Ergebnisentwicklung 2009 und 2010**

Die Ergebnisentwicklung 2009 und 2010 wird durch folgende wesentliche Einflüsse geprägt: Zum einen werden die seitens der Bundesregierung verabschiedeten energiepolitischen Rahmenbedingungen, welche insbesondere die Energieeffizienz in den Vordergrund stellen, das Geschäftsmodell im Bereich Energie- und Wasserversorgung nachhaltig verändern. Zum anderen wird sich die aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise entstandene konjunkturelle Schwäche auswirken. Ferner wird sich der steigende Wettbewerbsdruck auf der Vertriebsseite weiter bemerkbar machen. Durch die Reduzierung von Kosten, die Verbesserung von Prozessen sowie die Optimierung der Handelsstrategien wird es dem Konzern gelingen, diese belastenden Entwicklungen zu kompensieren.

Der Bereich Energie- und Wasserversorgung erwartet auf Grund der kühlen Witterung zum Jahresbeginn 2009 und der daraus resultierenden positiven Absatzentwicklung in den witterungsabhängigen Sparten ein absatz- und umsatzstarkes erstes Quartal 2009. Für das noch verbleibende Geschäftsjahr 2009 gehen wir von „normalen“ Temperaturverhältnissen in den Heizperioden aus. Im Wärmegeschäft erwarten wir ab 2010 Effekte aus der Neuregelung der KWK-Förderung und dem Ausbau emissionsarmer Fernwärme. Hier wird sich in den nächsten Jahren ein Wachstumsfeld für diesen Bereich entwickeln. Auf Grund der weltweiten Wirtschaftskrise ist mit einem Nachfrage- und Preisrückgang an den Energiebeschaffungsmärkten zu rechnen. Im Strom- und Erdgasvertrieb wird dieser Effekt den steigenden Wettbewerbsdruck noch verstärken und zu erhöhten Kundenwechsell führen. Im ersten Quartal konnten die Kundenverluste und Absatzminderungen in unserem angestammten Vertriebsmarkt durch Kundengewinne außerhalb des eigenen Netzgebietes kompensiert werden. Insgesamt ist mit einer Reduzierung der Endverbraucherpreise im Strom- und Erdgasgeschäft gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Im Vertrieb hat sich die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise im ersten Quartal 2009 nicht im Ergebnis bemerkbar gemacht. Mainova hat bezogen auf Forderungsausfälle und

Absatzeinbrüche ein Früherkennungssystem aufgebaut. Auch für den weiteren Geschäftsverlauf erwarten wir keine überdurchschnittlichen Kundenausfälle.

Der Bereich Energie- und Wasserversorgung wird in 2009 das Ergebnisverbesserungsprojekt, das im Jahr 2005 aufgesetzt wurde, abschließen. Hier konnten in den letzten Jahren erhebliche Kosteneinsparungen realisiert werden, die zu einer Ergebnisstabilisierung in 2009 und 2010 beitragen. Es ist daher beabsichtigt diese Aktivitäten weiter zu verstärken und mit einem Projekt zum „Intelligenten Kostenmanagement“ die Kostensituation in den unterstützenden Funktionen weiter zu optimieren. Innerhalb des Tochterunternehmens NRM wird in 2009 das Projekt „Prozess- und Auftragsmanagement“ umgesetzt. Hier werden vor allem die operativen Prozesse des Netzgeschäfts nachhaltig in effiziente Strukturen spartenübergreifend überführt. Ein wesentlicher Ergebnisgarant ist die Optimierung unserer Handelsstrategie. So wird 2009 erstmalig die Kohle- und Gasbeschaffung im Rahmen eines Projekts zur „Spread-Vermarktung“ an die Vermarktung von Eigenerzeugungsmengen gekoppelt. Damit gelingt es Mainova bereits heute, die zukünftigen Ertrags- und Kostenstrukturen an diesen volatilen Märkten zu sichern.

Insgesamt sind wir im Energie- und Wasserversorgungssektor für das Jahr 2009 optimistisch, die geplanten Ergebnisbeiträge in allen Bereichen des Kerngeschäfts zu realisieren, so dass ein Ergebnis in Vorjahreshöhe erreicht werden kann. Für 2010 erwarten wir ein gegenüber dem Jahr 2009 leicht rückläufiges operatives Ergebnis.

Im Bereich öffentlicher Personennahverkehr liegen die Risiken der zukünftigen Entwicklung insbesondere im Rückzug der öffentlichen Hand bei der Finanzierung von Nahverkehrsprojekten begründet. Je nach Intensität der Leistungs- und Netzerweiterungen wird dies in der Folge zu höheren Abschreibungen und Zinsaufwendungen führen. Ebenso besteht auf Grund der zukünftigen ungewissen Vergabepaxis, das mittelfristige Risiko eines Verlustes des Busbündels E welches für Dezember 2010 zur Ausschreibung ansteht. Positiv ist hingegen zu bewerten, dass durch den Beschluss vom 26. Februar 2009 der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main, die VGF nach Ablauf der Konzessionen zum 1. Februar 2011 weiterhin mit der Bedienung des Schienenverkehrs betrauen wird. Der für diesen Bereich erwartete Verlust für 2009 wird nach der derzeitigen Planungsrechnung EUR 34,8 Mio betragen. Mittelfristig wird von Verlusten in Höhe von rd. EUR 40 Mio p. a. ausgegangen.

Im Bereich Schwimmstätten ist davon auszugehen, dass der im Wirtschaftsplan für das Jahr 2009 geplante Jahresverlust in Höhe von TEUR 23,7 Mio nicht überschritten wird. Zukünftig werden voraussichtlich Verluste um EUR 25,0 Mio jährlich zu Buche schlagen.

Bei dem Geschäftsfeld Abfallverbrennung wird damit gerechnet, dass die letzten beiden Verbrennungslinien (3 und 4) im Sommer 2009 an den Betreiber (MHKW GmbH) der Anlage übergeben werden können und somit die gesamten Pächterlöse ihren positiven Ergebnisbeitrag leisten werden. Auf Grund der Nutzung der degressiven Abschreibungsmethode für die ersten beiden Linien wird dieser nachhaltig positive Ergebniseinfluss jedoch erst mittelfristig

sichtbar. Wir gehen daher für diesen Bereich erst von positiven Jahresergebnissen ab dem Jahr 2012 aus.

Der SWFH-Konzern ist vor dem Hintergrund der durch die Liberalisierung des Energie- und Verkehrsmarkts entstandenen Veränderungen sowie europäischer Vorgaben gehalten, den bereits in den Vorjahren eingeleiteten Um- und Restrukturierungsprozess, der zur Verschlinkung sowie Rationalisierung von Arbeitsprozessen und darüber hinaus zu strukturellen Anpassungen geführt hat, auch im Jahr 2009 fortzuführen.

Ziel der SWFH ist und bleibt, bei den wesentlichen Tochtergesellschaften eine über dem Branchendurchschnitt liegende und operativ erwirtschaftete, nachhaltige Gesamtkapitalrendite bzw. einen über dem Branchendurchschnitt liegenden Kostendeckungsgrad zu erwirtschaften.

Insgesamt gehen wir im Konzern von positiven Jahresergebnissen im niedrigen zweistelligen Millionenbereich ab 2009 aus.

### **Investitionen**

Für das Geschäftsjahr 2009 plant der Konzern Gesamtinvestitionen in Höhe von rund EUR 365 Mio. Davon entfallen alleine rund EUR 111,6 Mio auf die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personennahverkehr und den Ausbau des vorhandenen Streckennetzes, rund EUR 67 Mio auf die Verbrennungslinien (3 und 4), rund EUR 52 Mio auf Investitionen in die Erneuerung und den Ausbau der Netze, rund EUR 40 Mio auf Erzeugungsanlagen für Strom und Fernwärme sowie rund EUR 52 Mio auf Investitionen in Beteiligungen.

Wir investieren in die Erzeugung, um unsere vorhandenen Kraftwerkskapazitäten zu modernisieren und gleichzeitig neue Kapazitäten zu schaffen. Dieses Ziel erreichen wir u. a. mit unserer 15,6 % Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH. Insgesamt stehen hier noch Investitionen der Mainova in Höhe von EUR 11,8 Mio aus, von denen EUR 6,2 Mio in 2009 zu leisten sind.

Im Heizkraftwerk West verbessern wir die Wirtschaftlichkeit, indem wir die mit Gas betriebene Maschine 6 ersetzen und damit die Leistung von 2,4 Megawatt auf rund 8 Megawatt erhöhen. Hierfür sind bis zum Jahr 2013 Investitionen von insgesamt EUR 7,4 Mio vorgesehen.

Der Kältebedarf des Frankfurter Flughafens ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Dies resultiert aus dem Flughafenausbau im Bereich des Terminal 1 und den Verbindungsbauten zum Terminal 2. Um die Versorgung mit Kälte dort weiterhin in ausreichendem Maße gewährleisten zu können, werden in dem auf dem Flughafengelände seit 1994 betriebenen Heiz-Kältewerk der Mainova AG Absorptionsmaschinen durch leistungsstärkere Turbokältemaschinen ersetzt. Hierdurch können bei gleichem Flächenbedarf höhere Kälteleistungen realisiert werden, da das von der Fraport AG zur Verfügung gestellte Betriebsgebäude nicht erweiterbar ist. Die maximale Kälteleistung des Heiz-/Kältewerks wird durch diese Investitionen von derzeit 58,5 Mega-

wattKälte auf 65 MegawattKälte erhöht. Zur Deckung des steigenden Fernwärmebedarfs des Flughafens ist es erforderlich, die im Heizkraftwerk Niederrad installierte Druckerhöhungsstation zu modernisieren, da größere Schäden an den Pumpen der Druckerhöhungsstation am Flughafenstrang zu einer Unterversorgung des Flughafens mit Wärme führen können. Durch den Umbau der sechs Pumpen wird neben einer Leistungssteigerung um rund 30 % auch eine Senkung der Betriebskosten ermöglicht. Diese Umbauarbeiten sollen außerhalb der Heizperiode Mitte 2009 durchgeführt werden.

Als wesentliches Projekt ist bei den Investitionen in die Netzinfrastruktur der unterirdische Neubau des Umspannwerks Hochstraße zu nennen. Das 1963 errichtete Umspannwerk neben der Alten Oper ist das zweitgrößte Umspannwerk im Stromversorgungsnetz Frankfurts und versorgt große Teile der Innenstadt und des Bankenviertels mit elektrischer Energie. Da in dieser zentralen Lage unmittelbar zwischen dem Liesel-Christ-Park und der Alten Oper ein neues 5-Sterne-Hotel entstehen soll, zieht das Umspannwerk nun bis 2011 an einen neuen unterirdischen Standort in unmittelbarer Nähe um. Das unterirdische Bauwerk soll in 2009 fertiggestellt werden, so dass mit dem Einbau der Umspanntechnik ebenfalls im selben Jahr begonnen werden kann. Das Umspannwerk Hochstraße wird nach seiner Fertigstellung im Jahr 2011 europaweit zu den modernsten seiner Art zählen.

Im Fernwärmenetz ist der Bau einer rund 6 km langen Verbindungsleitung vom Müllheizkraftwerk Nordweststadt zum ehemaligen Heizwerk in der Lübecker Straße/Raimundstraße geplant. Dieses mit Erdgas/Heizöl betriebene Heizwerk kann nach dem Bau der Leitung stillgelegt werden. Die Nutzung der Wärme aus der Müllverbrennung ermöglicht die Einsparung bedeutender Mengen an CO<sub>2</sub>. Zudem können durch den Neubau der Verbindungsleitung zusätzliche Kunden am derzeit neu entstehenden Universitätsgelände Campus Westend angeschlossen werden.

Auch der stetige Lastzuwachs im Umfeld des Umspannwerks Osthafenplatz, bedingt durch u. a. den europäischen Internet-Zentralknoten Interxion sowie die Europäische Zentralbank, macht eine Verlegung von zwei neuen 110-kV-Kabeln vom Umspannwerk Osthafenplatz bis zum Ostbahnhof notwendig. Die von 2009 bis 2011 geplante städtische Straßenbaumaßnahme „Ostendsanierung“ ermöglicht eine koordinierte und damit effektive Verlegung in diesem wichtigen, sich stark entwickelnden Gebiet. Zudem erhält der europäische Internet-Zentralknoten Interxion eine deutliche Leistungsverstärkung durch die zusätzliche Verlegung von sechs Mittelspannungs-Kabeln.

Als Ersatz für das sanierungsbedürftige alte Verwaltungshochhaus in der Solmsstraße ist der Neubau eines Bürogebäudes vorgesehen. Für die Errichtung des Gebäudes in 2009 ist ein Budget in Höhe von EUR 8,5 Mio vorgesehen. Gegenüber der Sanierung des bestehenden Verwaltungshochhauses stellt der Neubau die kostengünstigere Variante dar, die zudem die Umsetzung einer effektiven und an den Arbeitsabläufen orientierten Raumplanung ermöglicht. Der Bezug des Neubaus soll Anfang 2011 erfolgen.

Zusätzlich sind für 2009 noch EUR 5,7 Mio für den Umbau der Verwaltungsgebäude in der Kurt-Schumacher-Straße vorgesehen.

Weitere EUR 14 Mio sind für Investitionen an den vorwiegend technisch genutzten Betriebsstandorten Gutleutstraße 280 und Franziusstraße 48 geplant. Der bestehende Gebäudebestand an diesen Standorten weist zum Teil gravierende bauliche Mängel auf. Diese Baumaßnahmen werden voraussichtlich Ende 2011 abgeschlossen sein.

## **VII. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

Im Februar 2009 konnte das seit dem Jahr 2007 laufende Schiedsverfahren zwischen der AVA und der AE&E Lentjes GmbH bezüglich der gegenseitigen Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus Bauzeitverzögerungen bei der Sanierung der Verbrennungslinien 1 und 2 mit einem Vergleich außergerichtlich beendet werden. Das Ergebnis wurde in einer zweiten Vergleichsvereinbarung festgehalten, die einvernehmlich endverhandelt und im Jahresabschluss bereits eingearbeitet wurde.

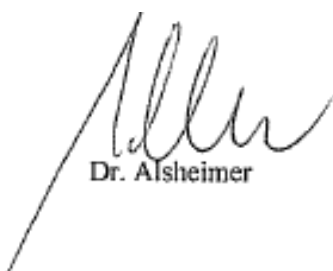
Am 26. Februar 2009 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main beschlossen, die VGF nach Ablauf der Konzessionen zum 1. Februar 2011 auch weiterhin mit der Erbringung von Schienenverkehrsleistungen zu betrauen.

Des Weiteren verweisen wir auf die Ausführungen zur Regulierung der Netzentgelte Strom und Gas.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Frankfurt am Main, den 19. Juni 2009

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH



Dr. Alsheimer



Röhre

# **Jahresabschluss 2008**

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzernbilanz zum 31. Dezember 2008

### Aktiva

	Anhang	31.12.2008		31.12.2007	
		EUR	EUR	TEUR	TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>	(1)				
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		27.151.012,14		21.263	
2. Geschäfts- oder Firmenwert		58.922,50		118	
3. Geleistete Anzahlungen		136.735,00	27.346.669,64	1.639	23.020
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		282.670.396,60		290.554	
2. Technische Anlagen					
a) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen		109.698.033,33		126.378	
b) Verteilungsanlagen		360.371.814,98		385.008	
c) Thermische Entsorgungsanlagen		63.460.521,02		81.057	
3. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen		62.542.473,33		62.795	
4. Fahrzeuge für Personenverkehr		125.255.682,60		129.082	
5. Maschinen und maschinelle Anlagen		1.243.077,58		1.204	
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung		31.899.836,67		35.264	
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		259.719.653,90	1.296.861.490,01	162.343	1.273.685
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		662.571.444,62		653.915	
2. Beteiligungen		30.843.200,55		30.568	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		24.095.329,69		24.097	
4. Wertpapiere des Anlagevermögens		49.233,58		49	
5. Sonstige Ausleihungen		3.225.774,93		3.183	
6. Genossenschaftsanteile		3.036,84	720.788.020,21	3	711.815
			2.044.996.179,86		2.008.520
<b>B. Umlaufvermögen</b>	(2)				
<b>I. Vorräte</b>					
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		30.442.949,27		25.900	
2. Unfertige Leistungen		7.380.808,54		4.696	
3. Waren		339.608,49	38.163.366,30	1.240	31.836
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		180.849.853,61		199.702	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		55.041.087,68		43.389	
3. Sonstige Vermögensgegenstände		113.703.606,33	349.594.547,62	138.770	381.861
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>			14.844.867,49		17.343
			402.602.781,41		431.040
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	(3)		1.536.523,87		3.016
			2.449.135.485,14		2.442.576

## Passiva

	Anhang	31.12.2008 EUR	31.12.2007 TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>	(4)		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>		52.001.000,00	52.001
<b>II. Kapitalrücklage</b>		387.136.318,71	387.136
<b>III. Verlustvortrag</b>		-75.731.586,94	-74.531
<b>IV. Konzernergebnis</b>		8.241.389,82	-1.582
<b>V. Anteile anderer Gesellschafter</b>		107.911.136,53	109.860
		<u>479.558.258,12</u>	<u>472.884</u>
<b>B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	(5)	72.032.782,11	72.033
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>		112.982.476,89	112.297
<b>D. Rückstellungen</b>	(6)		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		73.119.476,00	86.236
2. Steuerrückstellungen		10.548.261,54	46.372
3. Sonstige Rückstellungen		363.906.496,02	348.540
		<u>447.574.233,56</u>	<u>481.148</u>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	(7)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		821.129.796,25	817.832
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		6.858.519,85	6.924
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		134.081.930,47	125.692
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		119.687.453,12	103.122
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter		1.585.722,78	7.952
6. Sonstige Verbindlichkeiten		238.277.298,93	226.991
--davon aus Steuern EUR 40.735.528,84 (i. Vj. TEUR 25.238)--			
--davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 76.046,49 (i. Vj. TEUR 74)--			
		<u>1.321.620.721,40</u>	<u>1.288.513</u>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	(8)	15.367.013,06	15.701
		<u>2.449.135.485,14</u>	<u>2.442.576</u>

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzerngewinn- und -verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

---

---

1.	Umsatzerlöse
2.	Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen
4.	Sonstige betriebliche Erträge
5.	Materialaufwand
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
6.	Personalaufwand
	a) Löhne und Gehälter
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung
	--davon für Altersversorgung EUR 21.887.490,09 (i. Vj. TEUR 18.577)--
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen
9.	Erträge aus assoziierten Unternehmen
10.	Erträge aus Beteiligungen
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
12.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
14.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15.	Außerordentliche Erträge
16.	Außerordentliche Aufwendungen
17.	Außerordentliches Ergebnis
18.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19.	Sonstige Steuern
20.	Konzernjahresüberschuss
21.	Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn
22.	Konzernergebnis

---

---

Anhang	2008		2007	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
(9)		1.866.079.584,76		1.686.809
		2.684.569,29		1.023
		11.707.265,35		11.226
(10)		169.983.697,24		167.835
(11)				
	1.252.625.028,11		1.053.147	
	117.068.885,30	1.369.693.913,41	106.601	1.159.748
(12)				
	242.315.890,32		247.215	
	67.056.392,60	309.372.282,92	63.851	311.066
		138.826.729,96		153.133
(14)		195.622.224,72		163.846
(15)		26.126.811,62		31.010
(16)		3.492.144,70		3.001
		1.380.218,46		1.494
(17)		3.082.008,76		6.290
(17)		44.333.366,31		61.412
		26.687.782,86		59.483
		0,00		128
		0,00		128
(18)		0,00		0
(19)		2.666.876,56		43.344
(19)		3.061.251,61		2.784
		20.959.654,69		13.355
		12.718.264,87		14.937
		8.241.389,82		-1.582

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2008

### **I. Allgemeines**

Der Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (DRSC) veröffentlichten Rechnungslegungs Standards (DRS) aufgestellt. Bestehen nach HGB und DRS Wahlrechte hinsichtlich Bilanzierung oder Bewertung oder wurden nach DRS nur Empfehlungen ausgesprochen bzw. über gesetzliche Pflichtangaben hinausgehende Angaben verlangt, so wurden die Vorschriften des HGB angewandt.

#### **Formelle Darstellung**

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Bei der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt.

#### **Konsolidierungskreis**

In den Konzernabschluss sind neben der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH die Mainova AG, die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, die Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, die BäderBetriebe Frankfurt GmbH (BBF), die Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH und die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, bei denen der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH unmittelbar die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschafter zusteht, sowie mittelbar über die Mainova AG die Gasversorgung Main-Spessart GmbH, die Gasgeräte- und -heizungsgesellschaft mbH, die Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, die Mainova EnergieDienste GmbH, die Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH, die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, die SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH sowie die Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH und mittelbar über die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH die IN-DER-CITY-BUS GmbH und die Main Mobil Frankfurt GmbH einbezogen.

Die der Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT) gehörenden Anteile an drei Gesellschaften sind mittelbare Beteiligungen der Mainova AG; sie werden im Konzernabschluss als assoziierte Unternehmen ausgewiesen. Eine Übersicht über die verbundenen und

assoziierten Unternehmen mit Angabe des Beteiligungsanteils, des Eigenkapitals und des Ergebnisses enthält die Anlage 1 des Konzernanhangs. Bei den dort als sonstige Beteiligungen aufgeführten Gesellschaften übte die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH in 2008 keinen maßgeblichen Einfluss aus.

### **Konsolidierungsgrundsätze**

Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss entsprechend den gesetzlichen Vorschriften einheitlich nach den bei der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH geltenden Bilanzierungsmethoden --bis auf Ausnahmen, die für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nur von untergeordneter Bedeutung sind-- einbezogen.

Die Kapitalkonsolidierung der Tochterunternehmen erfolgt nach der Buchwertmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem auf die Muttergesellschaft entfallenden anteiligen Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung.

Die assoziierten Unternehmen werden zu Buchwerten zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung angesetzt und nach der Equity-Methode gemäß § 312 HGB bewertet. Konzerneinheitliche Bewertungsmethoden werden weitgehend angewandt.

Die aktiven Unterschiedsbeträge für assoziierte Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2008 insgesamt EUR 68,2 Mio (i. Vj. EUR 82,2 Mio).

Gemäß § 2 des am 29. Dezember 2004 geschlossenen und am 1. Januar 2005 wirksam gewordenen Gewinnabführungsvertrags zwischen der Beteiligungsholding Hanau GmbH, Hanau, und der Stadtwerke Hanau GmbH (SWH) erhält die Mainova AG jährlich eine Ausgleichszahlung, welche sich nach dem Ergebnis der Versorgungssparte der SWH bestimmt. Nach § 2 Abs. 2 des Gewinnabführungsvertrags beträgt diese Ausgleichszahlung 49,9 % des Ergebnisses der Versorgungssparte, mindestens jedoch EUR 2,1 Mio für jedes volle Geschäftsjahr. Auf Grund der vertraglichen Regelungen erfolgt die Fortschreibung des Beteiligungsbuchwerts ab dem 31. Dezember 2005 auf Basis des anteiligen (49,9 %) Eigenkapitals sowie des Ergebnisses der Versorgungssparte der SWH. Grundlage hierfür ist die vom gesellschaftsrechtlichen Gewinnanspruch (46,9 %) abweichende wirtschaftliche Beteiligung der Mainova AG am Ergebnis der Versorgungssparte der SWH (49,9 %).

Aufwendungen und Erträge sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen werden eliminiert.

Zwischenergebnisse werden, soweit sie entstanden sind, nach § 304 Abs. 2 HGB nicht eliminiert.

## **Bilanzierung und Bewertung**

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände (einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert) werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um plan- und außerplanmäßige Abschreibungen sowie erhaltene Kapitalzuschüsse, angesetzt. Empfangene Ertragszuschüsse werden auf Grund der ab dem Jahr 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt. Die Herstellungskosten umfassen in Übereinstimmung mit den steuerlichen Vorschriften direkt zurechenbare Einzelkosten und angemessene Gemeinkosten. In Ausübung des Wahlrechts gem. § 255 Abs. 3 HGB werden die für die Finanzierung der Generalüberholung der Abfallverbrennungsanlage angefallenen Zinsen für Fremdkapital im Rahmen der Anschaffungskosten aktiviert.

Ab 1. Januar 2008 werden Neuzugänge im Sachanlagevermögen gemäß den steuerlichen Vorschriften linear abgeschrieben. Bei Sachanlagen, die in der Zeit vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2007 angeschafft oder hergestellt wurden, werden die planmäßigen Abschreibungen weiterhin in den damals steuerlich höchstzulässigem Umfang degressiv vorgenommen; auf die lineare Abschreibungsmethode wird übergegangen, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Außerdem wird die degressive Abschreibungsmethode auf Sachanlagen, die den Gas- und Wärmebereich sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Mainova AG betreffen, angewandt. Der Übergang zur linearen Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Alle übrigen abnutzbaren Anlagegüter werden linear abgeschrieben. Gemäß § 308 Abs. 2 HGB wurde eine Neubewertung auf Basis einheitlicher Abschreibungsmethoden nicht vorgenommen, da die Abweichung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu EUR 150,00 werden entsprechend § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr aufwandswirksam erfasst. Bei Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen EUR 150,00 und EUR 1.000,00 erfolgt gemäß § 6 Abs. 2a EStG die Aktivierung als jahresbezogener Sammelposten. Diese werden im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den vier Folgejahren mit jeweils einem Fünftel aufgelöst.

Die durch steuerliche Gesetzesänderungen begründeten geänderten Vorgehensweisen bei den geringwertigen Vermögensgegenständen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Bemessung der Nutzungsdauer für die Abschreibung der Anlagegüter orientiert sich an den Richtlinien der Finanzverwaltung.

Unter den Finanzanlagen werden die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen (Wertpapiere des Anlagevermögens und Genossenschaftsanteile) zu Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Ausleihungen sind zu Nenn- bzw. sofern unverzinslich und sofern wesentlich zu Barwerten bilanziert.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt.

Unfertige Erzeugnisse werden mit Herstellungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips verlustfrei bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten sowie angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten.

Waren werden zu Anschaffungskosten und sofern erforderlich mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, ggf. vermindert um angemessene Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen, aktiviert.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) am 13. Dezember 2006 wird die ausschüttungsabhängige Realisierung von Körperschaftsteuerguthaben aufgegeben und durch eine ausschüttungsunabhängige ratierliche Auszahlung des zum 31. Dezember 2006 noch vorhandenen Körperschaftsteuerguthabens über einen zehnjährigen Auszahlungszeitraum ab 2008 ersetzt. Das auf Grund der Änderung des KStG gemäß SEStEG zu aktivierende KSt-Minderungsguthaben ist mit seinem Barwert angesetzt.

Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden sind bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt.

Die bis zum Jahr 2002 empfangenen Ertragszuschüsse für Anschlüsse und Netzanlagen werden passiviert und ratierlich über einen Zeitraum von zwanzig Jahren ergebniswirksam aufgelöst. Ab dem Jahr 2003 werden die empfangenen Ertragszuschüsse von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Anlagevermögens abgesetzt.

Durch die Abschaffung des § 308 Abs. 3 HGB besteht das Wahlrecht zur unveränderten Übernahme steuerrechtlicher Wertansätze aus den Einzelabschlüssen in einen handelsrechtlichen Konzernabschluss nicht mehr.

Bezüglich des Sonderpostens mit Rücklageanteil (Sopo) wurde demzufolge wie folgt verfahren:

- Die bereits am Ende des Jahres 2007 laut den Einzelabschlüssen bestehenden Sonderposten wurden erfolgsneutral mit dem Verlustvortrag verrechnet.
- Der im Berichtsjahr in den Einzelabschlüssen aufgelöste und gebildete Sonderposten wurde erfolgswirksam mit den sonstigen Erträgen bzw. Aufwendungen verrechnet.
- Die bezüglich des Sonderpostens vorgenommene Sonderabschreibung wurde wieder zurückgenommen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beziehen sich auf den Personenkreis der ehemaligen Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene sowie in unserem Konzern beschäftigte beurlaubte Beamte. Zusätzlich sind hier auch so genannte „Deputatsverpflichtungen“ und Beihilfe-Ansprüche von ehemaligen Mitarbeitern enthalten.

Die Ermittlungen, auch die für Altersteilzeitverpflichtungen und Jubiläumsszuwendungen, erfolgten durch versicherungsmathematische Gutachten unter Zugrundelegung eines handelsrechtlich zulässigen Rechnungszinsfußes von 3,5 % p. a.

Der Rückstellungsbetrag entspricht dem Teilwert. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richtlinien 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Den Mitarbeitern ist eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (Stadt Frankfurt am Main) zugesagt. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis ist diese Verpflichtung der Gesellschaft im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der Versorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main im Jahresabschluss nicht passiviert.

Mit der Ermittlung der Steuerrückstellungen und der sonstigen Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten abgedeckt. Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Rückstellungen werden ferner unter Inanspruchnahme des Wahlrechts gemäß § 249 Abs. 2 HGB gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind zu Rückzahlungsbeträgen passiviert.

## **II. Erläuterungen zur Bilanz**

### **(1) Anlagevermögen**

Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens können dem Anlagenspiegel (Anlage 2 zum Konzernanhang) entnommen werden.

Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen resultieren fast ausschließlich aus Grunddienstbarkeiten. Hierbei handelt es sich um Rechte aus einem Gestattungsvertrag mit der Stadt Frankfurt am Main, der die Mainova berechtigt, fiskalische Grundstücke zur Errichtung und Verlegung von Versorgungsanlagen zu nutzen. Die Abgänge entfallen überwiegend aus dem Abgang abgeschriebener Softwarelizenzen.

Den Schwerpunkt der Zugänge bei den Sachanlagen bildet die Grundsanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt einschließlich des Heizkraftwerkes, die Erweiterung und Erneuerung der Verteilungsanlagen im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich, der Neubau und die Sanierung von Verwaltungsgebäuden sowie die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personennahverkehr und der Ausbau des vorhandenen Streckennetzes einschließlich der hierfür geleisteten Anzahlungen. Die Abgänge resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf bzw. der Verschrottung von älteren Fahrzeugen für den Personennahverkehr und von Verteilungsanlagen.

### **(2) Umlaufvermögen**

In den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind hauptsächlich Bau- und Installationsmaterialien sowie der Kohle- und Heizölbestand für den Betrieb der Heizkraftwerke ausgewiesen.

Sämtliche Forderungen, bis auf das aktivierte KSt-Minderungsguthaben, haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Bei dem KSt-Minderungsguthaben entfallen EUR 9,2 Mio (i. Vj. EUR 9,6 Mio) auf eine Laufzeit von über einem Jahr.

Die Forderungen gegen Gesellschafter wurden wie im Vorjahr mit den entsprechenden Verbindlichkeiten verrechnet. Der Ausweis erfolgt unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit EUR 49,0 Mio (i. Vj. EUR 39,1 Mio) Lieferungen und Leistungen.

Ferner werden Finanzforderungen in Höhe von EUR 6,0 Mio (i. Vj. EUR 4,3 Mio) ausgewiesen.

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände enthält Ansprüche aus Steuererstattungen (EUR 65,7 Mio, i. Vj. EUR 70,9 Mio), insbesondere noch nicht geltend gemachte Vorsteuer aus Lieferantenrechnungen für das Geschäftsjahr, die erst im Folgejahr gestellt wurden, anrechenbare Körperschaft- und Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag sowie Rückerstattungsansprüche aus Erdgas- und Mineralölsteuer. Außerdem sind Gutschriften für Gas- und Stromlieferungen in Höhe von EUR 1,0 Mio (i. Vj. 17,5 Mio) und offene Forderungen im Zusammenhang mit dem Handel von Emissionsrechten (EUR 2,7 Mio; i. Vj. EUR 0,0 Mio) enthalten.

Der zum 31. Dezember 2006 erstmalig bestehende Anspruch auf Erstattung des Körperschaftsteuerguthabens ist auf Grund der Unverzinslichkeit des Auszahlungsanspruchs zum Barwert unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4,0 % p. a. aktiviert und in den vorgenannten Ansprüchen aus Steuererstattungen enthalten. Weiterhin sind die Forderungen gegen diverse Gemeinden aus Gewerbesteuer-Vorauszahlungen für das Jahr 2007 enthalten, da für dieses Geschäftsjahr keine Gewerbesteuer anfällt.

Außerdem bestehen Forderungen gegen die traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH bezüglich der Kooperationsförderung, des Nachteilsausgleichs Land Hessen sowie der Infrastrukturhilfe (EUR 20,3 Mio, i. Vj. EUR 24,2 Mio).

Das in der Bilanz ausgewiesene Kassenguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von EUR 14,8 Mio (i. Vj. EUR 17,3 Mio) beinhaltet vor allem kurzfristige Geldanlagen.

### **(3) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten**

In dem Rechnungsabgrenzungsposten sind vor allem Vorauszahlungen für Mieten, Service- und Wartungsverträge enthalten.

### **(4) Eigenkapital**

Das Eigenkapital (einschließlich Anteile anderer Gesellschafter) beträgt zum Bilanzstichtag EUR 479,6 Mio. Das gezeichnete Kapital ist voll eingezahlt und wird ausschließlich von der Stadt Frankfurt am Main gehalten.

Die Veränderung des Verlustvortrags ergibt sich vor allem aus erfolgsneutralen Konsolidierungsbuchungen im Rahmen nach der at-equity-Methode einbezogenen Gesellschaften sowie dem Vortrag des Vorjahres-Konzernergebnisses.

Der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter enthält die den konzernfremden Gesellschaftern zustehenden Anteile an dem gezeichneten Kapital, den Gewinnrücklagen und dem Bilanzgewinn von in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen.

## **(5) Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung**

Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung (erstmalige Aufstellung des Konzernabschlusses zum 1. Januar 1995) des Teilkonzerns der Mainova AG in den Konzernabschluss war der Buchwert der Beteiligung beim Mutterunternehmen um EUR 34,3 Mio niedriger als das anteilige Eigenkapital des Teilkonzernabschlusses.

Ursache für den Unterschiedsbetrag waren Gewinnthesaurierungen bei den Unternehmen des Teilkonzerns, die in der Zeit zwischen Beteiligungserwerb und erstmaliger Einbeziehung in den Konzernabschluss erzielt wurden.

Außerdem ist in Höhe von EUR 37,7 Mio ein passiver Unterschiedsbetrag aus einer zum 2. Januar 2003 durchgeführten Sacheinlage zu fortgeführten Buchwerten durch den Gesellschafter in ein Tochterunternehmen (BäderBetriebe Frankfurt GmbH) des Konzerns enthalten.

## **(6) Rückstellungen**

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen Pensionsverpflichtungen (EUR 21,7 Mio, i. Vj. EUR 21,3 Mio), Deputate für Freistrom (EUR 41,8 Mio, i. Vj. EUR 55,3 Mio) und Freifahrt (EUR 8,2 Mio, i. Vj. EUR 8,0 Mio) sowie Beihilfen und Unterstützungen (EUR 1,3 Mio, i. Vj. EUR 1,6 Mio).

Die Steuerrückstellungen betreffen mit EUR 8,7 Mio (i. Vj. EUR 10,5 Mio) Gewerbesteuer zur Abdeckung der erwarteten Steuerbelastungen aus der Betriebsprüfung für die Jahre 1995 bis 2000. Außerdem ist hier die zu erwartende Gewerbesteuerverpflichtung des Jahres 2008 in Höhe von EUR 2,6 Mio sowie eine Umsatzsteuernachzahlung auf Grund der Betriebsprüfung bei der BBF für die Jahre 2001 bis 2004 enthalten. Im Vorjahr waren zusätzlich Rückstellungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag auf Grund der Betriebsprüfung für die Jahre 1995 bis 2000 in Höhe von EUR 32,1 Mio und mit EUR 0,8 Mio für Umsatzsteuer enthalten. Zusätzlich war im Vorjahr auch die zu erwartende Gewerbesteuerverpflichtung für das Jahr 2005 in Höhe von EUR 2,9 Mio enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Altersteilzeit (EUR 81,7 Mio, i. Vj. EUR 85,5 Mio), Grundstücksrisiken auf Grund von Altlasten (EUR 64,8 Mio, i. Vj. EUR 64,9 Mio), unterlassene Instandhaltung (EUR 19,8 Mio, i. Vj. EUR 16,9 Mio), Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern (EUR 27,7 Mio, i. Vj. EUR 28,1 Mio), Restrukturierungsmaßnahmen (EUR 17,9 Mio, i. Vj. EUR 21,6 Mio), sonstige rechtliche Risiken (EUR 12,9 Mio, i. Vj. EUR 14,3 Mio) und Zinsen auf Steuerforderungen (EUR 2,9 Mio, i. Vj. EUR 16,6 Mio). Ebenso wird im Berichtsjahr erstmalig eine Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung in Höhe von EUR 36,7 Mio ausgewiesen. Die Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung beruht auf den Beschlüssen des BGH vom 14. August 2008 und der darin enthalte-

nen Aussage, dass die zwischen dem 1. November 2005 (Strom) bzw. 1. Februar 2006 (Gas) und der erstmaligen Genehmigung erhaltenen Netzentgelte hinsichtlich der im Vergleich zu den genehmigten Entgelten höheren vereinnahmten Entgelten rechtsgrundlos vereinnahmt wurden.

## (7) Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung und Fälligkeit der einzelnen Verbindlichkeiten ergeben sich aus nachfolgendem Verbindlichkeitspiegel.

Art der Verbindlichkeiten	Gesamt- betrag	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu einem Jahr	von einem bis zu fünf Jah- ren	über fünf Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	821.130	44.268	213.029	563.833
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.859	6.859	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	134.082	134.082	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	119.687	119.687	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	1.586	1.586	0	0
6. Sonstige Verbindlichkeiten	238.277	95.379	40.728	102.170
(davon aus Steuern)	(40.736)	(40.736)	(0)	(0)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(76)	(76)	(0)	(0)
<b>31. Dezember 2008</b>	<b>1.321.621</b>	<b>401.861</b>	<b>253.757</b>	<b>666.003</b>
(31. Dezember 2007)	(1.288.513)	(374.371)	(213.379)	(700.763)

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind zum überwiegenden Teil (EUR 672,6 Mio, i. Vj. EUR 674,3 Mio) durch Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen handelt es sich in Höhe von EUR 110,7 Mio (i. Vj. EUR 98,6 Mio) um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die übrigen Verpflichtungen betreffen Finanzverbindlichkeiten.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter wurden mit den entsprechenden Forderungen saldiert und umfassen insbesondere die Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den von dem Gesellschafter übernommenen Finanzanlagen (EUR 41,4 Mio, i. Vj. EUR 41,4 Mio) sowie Konzessionsabgaben (EUR 13,2 Mio, i. Vj. EUR 14,0 Mio) abzüglich der Forderungen für Leistungen aus der öffentlichen Stadtbeleuchtung (EUR 24,1 Mio, i. Vj.

EUR 21,4 Mio), einer Kaufpreisforderung aus einem Grundstücksverkauf (EUR 5,2 Mio, i. Vj. EUR 13,3 Mio), dem Stichtagswert der beim Kassen- und Steueramt geführten Verrechnungskonten (EUR 12,6 Mio, i. Vj. EUR 4,7 Mio) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (EUR 11,1 Mio, i. Vj. EUR 7,8 Mio).

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten überwiegend Darlehen der Zusatzversorgungskasse (EUR 106,9 Mio, i. Vj. EUR 108,5 Mio) sowie einer Versicherungsgesellschaft (EUR 37,5 Mio, i. Vj. EUR 43,8 Mio), Steuern (EUR 40,7 Mio, i. Vj. EUR 25,2 Mio) und empfangene Zuschüsse (EUR 19,7 Mio, i. Vj. EUR 6,1 Mio).

#### **(8) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Der Bilanzposten enthält fast ausschließlich Zuschüsse von Vorlieferanten und Einnahmen aus dem Verkauf von Zeitkarten.

### **III. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

#### **(9) Umsatzerlöse (ausschließlich Inland)**

	2008	2007
	Mio EUR	Mio EUR
Strom	581,2	561,3
Wärme	116,6	99,0
Gas	803,7	673,0
Wasser	78,2	80,2
Nahverkehr	162,5	154,8
Eintrittsgelder Bäder	7,6	5,9
Betrieb Abfallverbrennungsanlage	29,3	30,2
Sonstige Erlöse und empfangene Ertragszuschüsse	87,0	82,4
<b>Konzern-Außenumsatz</b>	<b>1.866,1</b>	<b>1.686,8</b>

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlösminderungen aus der Bildung einer Rückstellung für die Mehrerlösabschöpfung durch die Bundesnetzagentur in Höhe von EUR 36,7 Mio und sonstige Erlösminderungen in Höhe von EUR 3,7 Mio enthalten. Zusätzlich werden periodenfremde Umsatzerlöse für Verkehrseinnahmen des Vorjahres und Garantiezahlungen in Höhe von EUR 2,2 Mio (i. Vj. EUR 1,8 Mio) ausgewiesen.

#### **(10) Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u. a. Hilfen des Landes im Rahmen der Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Mieten und Pachten, die gewährte Förderung nach dem Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraftwärmekopplung und Auflösung von Rückstellungen. Von den sonstigen betrieblichen Erträgen sind EUR 85,1 Mio (i. Vj. EUR 81,5 Mio) periodenfremd und entfallen mit EUR 66,3 Mio auf die Auflösung von Rückstellungen und mit EUR 6,2 Mio Erträge aus der Herabsetzung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

#### **(11) Materialaufwand**

Der Materialaufwand enthält periodenfremde Aufwendungen in Höhe von insgesamt EUR 12,0 Mio, vor allem mit EUR 8,2 Mio Gasbezug 2007 und EUR 2,3 Mio EEG-Strombezug Vorjahre.

#### **(12) Personalaufwand**

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr EUR 309,4 Mio und war damit um EUR 1,7 Mio geringer als im Vorjahr. Der Rückgang resultiert vor allem aus dem Personalarückgang. Gegenläufig hat sich eine Tariferhöhung um 5,1 % zum 1. Januar 2008 ausgewirkt.

Im Jahresdurchschnitt waren 5.446 Mitarbeiter (i. Vj. 5.554 Mitarbeiter) beschäftigt; dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 108 Mitarbeitern.

#### **(13) Abschreibungen**

Die Abschreibungen in Höhe von EUR 138,8 Mio erfolgten planmäßig.

#### **(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Im Berichtsjahr erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von EUR 163,8 Mio im Vorjahr auf EUR 195,6 Mio. Der Anstieg resultiert vor allem aus höheren Rückstellungszuführungen, dem Anstieg der Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Sanierung eines Verwaltungsgebäudes stehen.

Im Geschäftsjahr 2008 ist als größter Aufwandsposten die Konzessionsabgabe in Höhe von EUR 59,5 Mio (i. Vj. EUR 59,0 Mio) enthalten. Insgesamt sind EUR 32,2 Mio (i. Vj. EUR 16,1 Mio) periodenfremde Aufwendungen in den sonstigen Aufwendungen enthalten, welche vor allem mit EUR 6,0 Mio die Zuführung zur Rückstellungen Zwei-Mandanten Modell, mit EUR 5,9 Mio Zuführung zur Rückstellung Restrukturierungskosten, mit EUR 5,3 Mio Zuführung zur Rückstellung für Instandhaltung sowie mit EUR 4,8 Mio Zuführung zur Rückstellung Altlasten betreffen.

### **(15) Ergebnis aus at-equity-Beteiligungen**

Das Ergebnis aus at-equity-Beteiligungen besteht aus Erträgen aus den im Rahmen der Equity-Fortschreibung vereinnahmten Jahresergebnissen in Höhe von EUR 35,0 Mio und Aufwendungen aus außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von EUR 8,9 Mio. Die außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen auf die Stadtwerke Hanau GmbH. Die aktuelle Mehrjahresplanung der Gesellschaft lässt eine Ergebnisentwicklung in der Versorgungssparte erwarten, die deutlich hinter den der Kaufpreisfindung zu Grunde gelegten Prämissen zurück bleibt. Die sich daraus ergebenden geringeren Ausschüttungserwartungen der Holding erforderten eine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert.

### **(16) Erträge aus Beteiligungen**

Die Erträge aus Beteiligungen enthalten überwiegend die Ausschüttung der Süwag Energie AG (EUR 2,6 Mio) für das Geschäftsjahr 2007.

### **(17) Zinsergebnis**

	2008	2007
	Mio EUR	Mio EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,1	6,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44,3	61,4
	-41,2	-55,1

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren überwiegend aus Termingeldanlagen (EUR 0,9 Mio, i. Vj. EUR 3,9 Mio). Außerdem sind periodenfremde Zinserträge von EUR 0,4 Mio (i. Vj. EUR 0,0 Mio) aus Steuerfestsetzungen enthalten.

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind als größter Posten die Zinsen für Fremddarlehen (EUR 41,2 Mio, i. Vj. EUR 43,9 Mio) enthalten. Außerdem werden hier, auf Grund der steuerlichen Außenprüfung, Zinsen auf Steuern in Höhe von insgesamt EUR 1,6 Mio (i. Vj. EUR 16,7 Mio) ausgewiesen.

### **(18) Außerordentliches Ergebnis**

Das außerordentliche Ergebnis des Vorjahres beinhaltet ausschließlich die Erträge aus Versicherungsleistungen und die entsprechenden Aufwendungen für die Beseitigung des Brandschadens im Panoramabad Bornheim.

## **(19) Steuern**

Bei dem Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag handelt es sich überwiegend um die Körperschaftsteuer, die auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre der Mainova AG entfällt (EUR 2,4 Mio) und die voraussichtliche Körper- und Gewerbesteuerbelastung für das Berichtsjahr (EUR 2,8 Mio) abzüglich periodenfremder Erträge von insgesamt EUR 2,6 Mio aus Rückerstattungen Vorjahre und der Anpassung der Ertragssteuerrückstellungen für Vorjahre. Demgegenüber wurden unter diesem Posten in 2007 Belastungen aus Körperschaft- und Gewerbesteuern für Vorjahre in Höhe von insgesamt EUR 38,6 Mio ausgewiesen.

Den sich aus vorübergehenden Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz resultierenden künftigen Steuerbelastungen (passive latente Steuern) stehen entsprechende Verlustvorträge gegenüber. Eine Steuerabgrenzung in der GuV und der Ansatz eines passiven Steuerabgrenzungspostens ist daher nicht erforderlich.

Die sonstigen Steuern betreffen hauptsächlich die Strom- und Erdgassteuer auf den Eigenverbrauch sowie die gezahlte Grund- und Kraftfahrzeugsteuer.

## **V. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Die finanziellen Verpflichtungen i. S. d. § 285 Satz 1 Nr. 3 HGB bewegen sich im Rahmen der üblichen Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen. Das Bestellobligo übersteigt nicht den branchenüblichen Umfang. Bei den vollkonsolidierten Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus dem Bestellobligo vor allem für die Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen, Baumaßnahmen und Dienstleistungen in Höhe von EUR 225,5 Mio (i. Vj. EUR 234,9 Mio) aus Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit einer Beteiligung an dem Gemeinschaftskraftwerk Irsching für das Jahr 2009 in Höhe von EUR 6,2 Mio (i. Vj. EUR 30,7 Mio) sowie aus Investitionsaufträgen gegenüber Generalunternehmern (EUR 84,2 Mio), insbesondere für die Generalsanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt, in Höhe von EUR 67,1 Mio (i. Vj. EUR 111,2 Mio). Aus abgeschlossenen Strombezugsverträgen für die Jahre 2008 bis 2010 sowie dem Emmissionshandel bestehen Verpflichtungen in Höhe von EUR 460,9 Mio (i. Vj. EUR 270,8 Mio), aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen Verpflichtungen in Höhe von EUR 72,2 Mio (i. Vj. EUR 158,6 Mio).

Die Syneco Trading GmbH wickelt für die Syneco GmbH & Co. KG und deren Gesellschafter Stromhandelsgeschäfte ab. Um eine ausreichende Liquidität zur Erfüllung dieses Zwecks auch bei kurzfristigen Liquiditätsengpässen sicherzustellen, besteht seit 1. Januar 2007 zwischen der Mainova und der Syneco Trading GmbH eine Kreditlinie in Höhe von EUR 10,0 Mio, welche durch die Syneco Trading GmbH in Form von Tagesgeldern in Anspruch genommen werden kann. In 2008 wurden keine Tagesgelder aufgenommen.

## **V. Haftungsverhältnisse**

Der Konzern hat Verpflichtungen aus Vertragserfüllungsbürgschaften und zur Besicherung von Darlehen in Höhe von insgesamt EUR 118,5 Mio übernommen. Zusätzlich besteht eine Garantievereinbarung für die Rückzahlung von ausstehenden Finanzierungsmitteln in Höhe von bis zu EUR 32,3 Mio zuzüglich Zinsen. Weiterhin bestehen für den Konzern Verpflichtungen aus Patronatserklärungen in Höhe von EUR 1,0 Mio sowie aus der Übernahme von Ausfallrisiken in Höhe von EUR 5,0 Mio.

## **VI. Sonstige Angaben**

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Gas- und Kohlebeschaffung ein. Daneben wird ein Anteil derivativer Finanzinstrumente im Bereich des Stromhandels eingesetzt.

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Sicherungsgeschäfte wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zu Grunde liegen.

## Derivative Finanzinstrumente

Tsd. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
<b>Strom</b>									
Forward (long)	54.073	13.013	67.086	37.424	957	-9.626	-8.669	-8.423	7.641
Forward (short)	56.108	15.807	71.915	17.133	13.470	-118	13.352	10.425	-1.582
<b>Kohle</b>									
Swap (Payer)	42.902	39.814	82.716	18.005	765	-23.211	-22.446	-12.951	7.366
Swap (Receiver)	3.661	0	3.661	0	197	0	197	197	0
<b>Öl</b>									
Swap (Payer)	32.741	16.603	49.344	695	11	-12.605	-12.594	-7.953	110
Swap (Receiver)	136	0	136	0	38	0	38	38	0
<b>CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte</b>									
Forward (long)	884	0	884	0	0	-422	-422	-422	0
<b>Gesamt</b>	<b>190.505</b>	<b>85.237</b>	<b>275.742</b>	<b>73.257</b>	<b>15.438</b>	<b>-45.982</b>	<b>-30.544</b>	<b>-19.089</b>	<b>13.535</b>

Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2008 zu leisten sind.

Die Marktwerte der Derivate werden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cash Flows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind in Höhe von EUR 0,6 Mio (i. Vj. EUR 0,3 Mio) Optionsprämien für USD-Optionen aktiviert, die zur Absicherung der Kohlebeschaffungspreise im Ausland dienen.

### Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Mainova AG gemäß § 161 AktG

Die Mainova AG hat die vom Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG am 8. Dezember 2008 abgegebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex am 9. Dezember 2008 im Internet ([www.mainova.de](http://www.mainova.de)) abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

## **VII. Organe der Gesellschaft**

### **Organe der Gesellschaft**

#### **Aufsichtsrat**

#### **Vertreter der Anteilseigner**

- Dr. h. c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin,  
--Vorsitzende--
- Uwe Becker, Stadtkämmerer
- Karlheinz Bührmann, Bahnoberamtsrat a. D.
- Erika Pfreundschuh, Diplom-Finanzwirtin
- Dr. Lutz Raettig, Diplom-Kaufmann
- Helmut-Alexander Heuser, Angestellter
- Patrick Schenk, Rechtsanwalt
- Angela Hanisch, Diplom-Psychologin
- Uwe Paulsen, Studiendirektor
- Dr. Manuela Rottmann, Stadträtin

#### **Vertreter der Arbeitnehmer**

- Thomas Wissgott, Geschäftsführer  
--Stellvertretender Vorsitzender--
- Ralf Stamm, Gewerkschaftssekretär
- Frank Weiser, Kfm. Angestellter
- Lothar Huber, Diplom-Ingenieur
- Peter Arnold, Trafomechaniker
- Erich Braun, Betriebswirt

- Hiltrud Fink-Geis, Energieberaterin
- Eckehard Kalweit, Nachrichtentechniker
- Jürgen Räcke, Schienenbahnfahrer
- Julian Sanchez-Diaz, Schienenbahnfahrer

### **Geschäftsführung**

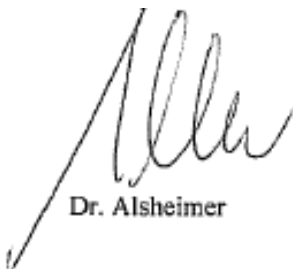
- Werner Lutz, Vorsitzender und kaufmännischer Geschäftsführer (bis 31. Dezember 2008)
- Werner Röhre, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
- Dr. Constantin Alsheimer, Geschäftsführer (Sprecher)
- Lothar Herbst, Geschäftsführer (bis 31. Dezember 2008)
- Michael Budig, Geschäftsführer (bis 31. Dezember 2008)

An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden TEUR 87 (i. Vj. TEUR 80) ohne Umsatzsteuer vergütet.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen TEUR 1.363 (i. Vj. TEUR 1.244). An ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene wurden Ruhegelder in Höhe von TEUR 480 (i. Vj. TEUR 658) gezahlt. Für die vorgenannten Personengruppen sind Ansprüche in Höhe von TEUR 4.852 (i. Vj. TEUR 4.878) zurückgestellt, die in der Bilanz unter dem Posten Rückstellungen für Pensionen ausgewiesen sind.

Frankfurt am Main, den 19. Juni 2009

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH



Dr. Alsheimer



Röhre

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

## Aufstellung des Anteilsbesitzes zum 31. Dezember 2008

Firma	Anteil % *	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis		Branchen- zugehörigkeit
			Jahr	TEUR	
<b>Verbundene Unternehmen</b>					
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main	100,00	29.768	2008	-28.450 <sup>1</sup>	Öffentlicher Personennahverkehr
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	9.128	2008	2.506 <sup>1</sup>	Energie- und Wasserversorgung
BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	100,00	37.710	2008	-19.498 <sup>1</sup>	Schwimmstätten
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, Frankfurt am Main	100,00	-866	2008	-2.941 <sup>1</sup>	Abfallentsorgung
Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main	100,00	25	2008	-8 <sup>1</sup>	Öffentlicher Personennahverkehr
Gasversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	100,00	5.000	2008	992 <sup>6</sup>	Energie- und Wasserversorgung
IN-DER-CITY-BUS GMBH, Frankfurt am Main	100,00	764	2008	2	Öffentlicher Personennahverkehr
Mainova EnergieDienste GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100	2008	2.015 <sup>6</sup>	Energie- und Wasserversorgung
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	50	2008	2.688 <sup>6</sup>	
SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	34	2008	193	
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Frankfurt am Main	90,00	604	2008	-28.516 <sup>8</sup>	
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main	90,00	7.186	2008	144 <sup>6</sup>	
Gasgeräte- und -heizungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	80,19	3.059	2008	-45	
Mainova AG, Frankfurt am Main	75,22	356.679	2008	88.929 <sup>1</sup>	
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	56,00	21.285	2008	5.037	
Main Mobil Frankfurt GmbH, Offenbach am Main	51,00	271	2008	21	Öffentlicher Personennahverkehr
<b>Assoziierte Unternehmen</b>					
VIAS GmbH Verkehrsbetriebe, Frankfurt am Main	50,00	2.387	2008	413	Öffentlicher Personennahverkehr
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	50,00	19.628	2008	56	Energie- und Wasserversorgung
ENAG / Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG), Eisenach	50,00	10.732	2008	2.236 <sup>2</sup>	
Kraft-Wärme Oberschmitt GmbH, Nidda	50,00	428	2008	91	
Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	50,00	8.927	2008	641	Öffentlicher Personennahverkehr
MHKW Müllheiz-Kraftwerk Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	50,00	20	2008	0	
Main Mobil Offenbach GmbH, Offenbach am Main	49,00	263	2008	27	Öffentlicher Personennahverkehr
Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	46,90	34.367	2008	3.721 <sup>5</sup>	Energie- und Wasserversorgung
Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main	37,70	91.255	2008	12.552	
Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	36,36	43.202	2008	4.475	
Hessenwasser Verwaltungs GmbH, Groß-Gerau	36,33	49	2008	3	
Ohra Hörselgas GmbH, Hörselgau	27,44	18.028	2008	6.566 <sup>2</sup>	Energie- und Wasserversorgung
Werragas GmbH, Bad Salzungen	27,44	12.507	2008	3.002 <sup>2</sup>	
Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	26,25	15.281	2008	3.191 <sup>3,4</sup>	
Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main	25,10	12.375	2008	2.083 <sup>2</sup>	
Fraport AG, Frankfurt am Main	20,16	2.156.000	2008	165.700 <sup>3</sup>	Flughäfen
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH, Vohburg	15,60	207.558	2008	-2.613	Energie- und Wasserversorgung
<b>Sonstige Beteiligungen</b>					
Offenbacher Verkehrs-Betriebe GmbH, Offenbach am Main	49,00	3.179	2008	5.794 <sup>7</sup>	
Gasturbinen-Gesellschaft für Kalle-Albert mbH, Wiesbaden	39,00	1.549	2008	973	
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH, Frankfurt am Main	29,90	3.394	2007	56	
Syneco Verwaltungs GmbH, München	25,10	6.006	2008	192	
Syneco GmbH & Co. KG, München	12,67	40.926	2008	1.519	
VDV-Kernapplikations GmbH Co. KG, Köln	12,50	1.352	2008	595	

\* Stand 31.12.2008

<sup>1</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

<sup>2</sup> Bilanzstichtag 30. September

<sup>3</sup> vor Einstellung in die Gewinnrücklage

<sup>4</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadt Dreieich Holding GmbH

<sup>5</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Beteiligungs-Holding Hanau GmbH

<sup>6</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Mainova AG

<sup>7</sup> Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Offenbach Holding GmbH

<sup>8</sup> Es besteht ein Konsortialvertrag mit der Mainova AG

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH  
Frankfurt am Main

Konzern-Anlagenspiegel für das Geschäftsjahr 2008

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	1.1.2008	Anteilige Eigenkapital- änderungen	Zuschrei- bungen	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>							
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	68.734.879,79	0,00	0,00	9.483.082,43	-9.790.197,95	478.472,15	68.906.236,42
2. Geschäfts- oder Firmenwert	422.168,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	422.168,88
3. Geleistete Anzahlungen	1.638.812,79	0,00	0,00	136.735,00	0,00	-1.638.812,79	136.735,00
	70.795.861,46	0,00	0,00	9.619.817,43	-9.790.197,95	-1.160.340,64	69.465.140,30
<b>II. Sachanlagen</b>							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	621.354.167,98	0,00	0,00	7.287.763,86	-7.198.487,21	4.612.107,99	626.055.552,62
2. Technische Anlagen							
a) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	650.023.420,30	0,00	0,00	1.971.761,30	-1.493.389,91	1.499.442,83	652.001.234,52
b) Verteilungsanlagen	2.068.427.514,89	0,00	0,00	8.730.530,84	-3.047.333,75	7.230.088,31	2.081.340.800,29
c) Thermische Entsorgungsanlagen	110.038.251,65	0,00	0,00	3.835.520,02	0,00	0,00	113.873.771,67
3. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	347.006.110,58	0,00	0,00	4.764.218,37	-1.121.872,80	2.339.362,10	352.987.818,25
4. Fahrzeuge für Personenverkehr	422.866.946,13	0,00	0,00	2.699.289,13	-15.620.506,35	12.446.666,42	422.392.395,33
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	9.894.519,35	0,00	0,00	273.270,43	-105.133,90	0,00	10.062.655,88
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	196.910.798,38	0,00	0,00	6.801.898,10	-5.864.078,63	1.621.207,86	199.469.825,71
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	162.342.494,80	0,00	0,00	126.684.285,46	-718.591,49	-28.588.534,87	259.719.653,90
	4.588.864.224,06	0,00	0,00	163.048.537,51	-35.169.394,04	1.160.340,64	4.717.903.708,17
<b>III. Finanzanlagen</b>							
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	666.147.961,15	-10.692.062,87	0,00	19.348.680,00	0,00	0,00	674.804.578,28
2. Beteiligungen	30.618.990,60	0,00	0,00	275.338,63	0,00	0,00	30.894.329,23
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	24.096.596,26	0,00	0,00	2.000.000,00	-2.001.266,57	0,00	24.095.329,69
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	49.233,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	49.233,58
5. Sonstige Ausleihungen	3.183.225,30	0,00	0,00	579.848,54	-537.298,91	0,00	3.225.774,93
6. Genossenschaftsanteile	3.036,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.036,84
	724.099.043,73	-10.692.062,87	0,00	22.203.867,17	-2.538.565,48	0,00	733.072.282,55
	5.383.759.129,25	-10.692.062,87	0,00	194.872.222,11	-47.498.157,47	0,00	5.520.441.131,02

Abschreibungen					Buchwerte		
1.1.2008	Zuschreibungen	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2008	31.12.2008	31.12.2007
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
47.471.276,54	0,00	4.093.747,85	-9.782.747,15	-27.052,96	41.755.224,28	27.151.012,14	21.263.603,25
304.323,88	0,00	58.922,50	0,00	0,00	363.246,38	58.922,50	117.845,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	136.735,00	1.638.812,79
47.775.600,42	0,00	4.152.670,35	-9.782.747,15	-27.052,96	42.118.470,66	27.346.669,64	23.020.261,04
330.799.792,45	0,00	14.647.918,17	-2.300.023,59	237.468,99	343.385.156,02	282.670.396,60	290.554.375,53
523.645.271,25	0,00	19.926.501,23	-1.493.389,91	224.818,62	542.303.201,19	109.698.033,33	126.378.149,05
1.683.419.590,69	0,00	40.596.846,11	-2.573.765,65	-473.685,84	1.720.968.985,31	360.371.814,98	385.007.924,20
28.981.111,64	0,00	21.432.139,01	0,00	0,00	50.413.250,65	63.460.521,02	81.057.140,01
284.211.257,08	0,00	7.254.134,14	-1.020.046,30	0,00	290.445.344,92	62.542.473,33	62.794.853,50
293.784.974,24	0,00	18.972.244,84	-15.620.506,35	0,00	297.136.712,73	125.255.682,60	129.081.971,89
8.690.373,20	0,00	234.339,00	-105.133,90	0,00	8.819.578,30	1.243.077,58	1.204.146,15
161.647.261,07	0,00	11.609.937,11	-5.725.660,33	38.451,19	167.569.989,04	31.899.836,67	35.263.537,31
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	259.719.653,90	162.342.494,80
3.315.179.631,62	0,00	134.674.059,61	-28.838.526,03	27.052,96	3.421.042.218,16	1.296.861.490,01	1.273.684.592,44
12.233.133,66	0,00	0,00	0,00	0,00	12.233.133,66	662.571.444,62	653.914.827,49
51.128,68	0,00	0,00	0,00	0,00	51.128,68	30.843.200,55	30.567.861,92
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.095.329,69	24.096.596,26
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	49.233,58	49.233,58
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.225.774,93	3.183.225,30
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.036,84	3.036,84
12.284.262,34	0,00	0,00	0,00	0,00	12.284.262,34	720.788.020,21	711.814.781,39
3.375.239.494,38	0,00	138.826.729,96	-38.621.273,18	0,00	3.475.444.951,16	2.044.996.179,86	2.008.519.634,87

# **Kapitalfluss- rechnung**

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Kapitalflussrechnung

	2008	2007
	TEUR	TEUR
Konzernjahresüberschuss	20.960	13.355
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	138.827	153.133
Gewinne (i. Vj. Verluste) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.785	1.488
Abnahme(-)/Zunahme der Rückstellungen	-33.574	31.842
Ausgeschüttetes Ergebnis von assoziierten Unternehmen	36.886	35.489
Zahlungsunwirksame Veränderungen bei Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-26.194	-31.010
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-1.767	5.243
Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	29.185	-120.051
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	37.761	2.206
<b>Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>200.299</b>	<b>91.695</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	10.662	13.736
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-194.872	-181.072
<b>Cash Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-184.210</b>	<b>-167.336</b>
Garantiedividende	-13.063	-13.063
Veränderung empfangener Ertragszuschüsse	685	-1.024
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	50.000	68.000
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	-34.694	-91.236
<b>Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>2.928</b>	<b>-37.323</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands	19.017	-112.964
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	8.384	121.348
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>27.401</b>	<b>8.384</b>

Der Finanzmittelbestand setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008	31.12.2007
	TEUR	TEUR
Liquide Mittel	14.845	17.343
Kontokorrent Cash Pool-Konto Helaba	0	-13.620
Finanzmittel beim Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main	12.556	4.661
	<b>27.401</b>	<b>8.384</b>

# **Eigenkapital- Entwicklung**

# Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main

## Eigenkapitalspiegel

	Mutterunternehmen				Eigenkapital	Minderheits-	Konzern	
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital			Anteile anderer Gesellschafter		Konzern-eigenkapital
			Verlustvortrag	Konzernergebnis				
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
31.12.2006	52.001	387.136	-123.493	44.854	360.498	115.778	476.276	
Garantiedividende	0	0	0	0	0	-13.063	-13.063	
Konzernjahresergebnis	0	0	0	-1.582	-1.582	14.937	13.355	
Übrige Veränderungen	0	0	48.962	-44.854	4.108	-7.792	-3.684	
31.12.2007	52.001	387.136	-74.531	-1.582	363.024	109.860	472.884	
Garantiedividende	0	0	0	0	0	-13.063	-13.063	
Konzernjahresergebnis	0	0	0	8.241	8.241	12.718	20.959	
Übrige Veränderungen	0	0	-1.200	1.582	382	-1.604	-1.222	
31.12.2008	52.001	387.136	-75.731	8.241	371.647	107.911	479.558	

# **Bestätigungs- Vermerk**

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel und Anhang-- und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 19. Juni 2009

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Vogler  
Wirtschaftsprüfer



Hauptmann  
Wirtschaftsprüfer

